

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

## Die verspätete Nation

Band 1/125: 15.08.1922 – 21.01.1924

15.08.1922

**Deutsches Reich:** Der ehemalige deutsche Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (von Ende 1922-28 Botschafter in Moskau) schreibt am 15. August 1922 in einer Denkschrift über die deutsche Ostpolitik (x245/264-265): >>... Die Epigonen (Nachahmer ohne Schöpferkraft) Bismarcks haben sein stolzes Erbe stümperhaft vergeudet. ...

Das Verhängnis ist über uns hereingebrochen; furchtbarer als der gehässigste Feind wagen konnte zu hoffen. Deutschland liegt wehrlos am Boden. ...

Weder dem Westen noch dem Osten ist unsere Ohnmacht verborgen. Das Zünglein an der Waage sind wir längst nicht mehr, aber die geringste Unvorsichtigkeit, die wir begehen, genügt, einen Weltbrand zu entzünden, der das Reich zertrümmert und dem deutschen Volke die Existenz kosten kann.

Aktive Bündnispolitik zu treiben, wäre für einen deutschen Staatsmann daher vorderhand verfrüht; die Möglichkeit für einen späteren Zeitpunkt muß er sich aber offen halten.

Geben wir uns keiner Täuschung hin: der wichtigste Aktivposten, den wir heute für die Russen bedeuten, ist die Möglichkeit, uns bloßzustellen. Diese Tatsache schließt selbstverständlich nicht aus, anzuhören, was sie uns auch in militärischen Fragen zu sagen haben, und bei dieser Gelegenheit darauf zu dringen, zu erfahren, was sie mit den Alliierten verhandeln.

Jeder Anschein einer militärischen Bindung unsererseits im Osten würde die nachteiligsten Wirkungen auf unsere Beziehungen zum Westen ausüben; ignorieren dürfen wir diese, jedenfalls soweit England in Betracht kommt, in der Zwangslage, in der wir uns befinden, und angesichts der Unklarheit und Unsicherheit der russischen Zustände aber keinesfalls.

Kein ernsthafter Politiker wird sich der Ansicht verschließen, daß Frankreich mit Wahnsinn, aber mit Methode auf unsere Vernichtung hinarbeitet. Ob der nationale Block und die Politik Poincarés noch von langer Dauer sein werden, ist für die Politik, die wir gegenwärtig, angesichts unserer Politik zu Rußland, zu verfolgen haben, belanglos.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Entscheidungen, die heute zu treffen sind, bleibt hingegen, daß England offenbar sich durch Frankreich nicht nur politisch, sondern auch militärisch (Unterseeboote, Flugzeuge) bedroht fühlt. ...

Der schwere Nachteil des Rapallo-Vertrages liegt in den militärischen Befürchtungen, die sich an ihn knüpfen. Lloyd George hat diesen Besorgnissen unlängst in einer Rede Ausdruck gegeben, in der er wörtlich ausführte, daß der Frieden der Welt durch ein hungerndes, von einem rachedurstigen Deutschland "equipiertes" Rußland ernstlich gefährdet werde.

Wir müssen also damit rechnen, daß England uns im Verdacht hat, eine Revanche mit Rußland vorzubereiten, und daß es in der Lage ist, falls entsprechende Vereinbarungen wirklich getroffen oder im Werden wären, uns diese nachzuweisen.

Der Einwurf, daß wir um den Preis der Befreiung aus unserer trostlosen Lage, auch dieses Risiko in Kauf nehmen müssen, liegt nahe und wäre berechtigt, wenn eine solche Aktion tat-

sächlich die Gewähr für einen Erfolg böte. Das ist aber nicht der Fall. Das Unternehmen wäre vielmehr zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Die Gründe dafür liegen sowohl auf deutscher wie auf russischer Seite. ...

Zu hoffen wäre, daß ein wirklich enges Verhältnis Deutschlands zu Rußland genügen könnte, das Verbrechen von Versailles zu sühnen, und daß eine friedliche Entwicklung wieder gut macht, was an Deutschland gesündigt worden ist. ...

Eine ausschließlich nach Osten orientierte deutsche Politik wäre im gegenwärtigen Augenblick nicht nur verfrüht und gefährlich, sondern aussichtslos und darum verfehlt.

Verfrüht ist sie, weil wir wirtschaftlich ebenso wie Rußland außerstande sind, uns auf ein derartiges Experiment einzulassen.

Gefährlich ist sie, weil wir uns der völlig skrupellosen Sowjetregierung durch Abmachungen, die uns militärisch verpflichten, in die Hand geben.

Man wird in Moskau, wo man begreiflicherweise größeren Wert auf eine Verständigung mit der mächtigen Entente als mit dem um seine eigene Existenz ringenden Deutschland legt, keinen Augenblick zögern, unter Drohung des Verrats der militärischen Vereinbarungen, Erpresserpolitik mit uns zu treiben.

Aussichtslos ist die Politik, weil wir bei einem Angriff Rußlands auf Polen – und diese Kombination kann doch nur ernsthaft in Frage kommen - im Westen dem französischen Einmarsch nahezu wehrlos gegenüberstehen würden. ...<<

### **28.10.1922**

**Italien:** Benito Mussolini marschiert am 28. Oktober 1922 mit rund 40.000 bewaffneten "Schwarzhemden" in Rom ein und stürzt kampflos die italienische Regierung. Die faschistischen Parteimitglieder (PNF = Partito Nazionale Fascista) tragen gewöhnlich schwarze Hemden mit Schulterriemen und grüßen sich nach altrömischer Sitte mit erhobenem Arm.

Mussolini erklärt nach seiner gewaltsamen Machtübernahme (x059/39): >>Die Italiener müssen das Empfinden haben, wirklich regiert zu werden. Vor allem tut äußerste Disziplin not. Italien muß eine gewisse Zeit wie eine große Kaserne sein ...<<

Mussolini strebt nach dem Vorbild des "Römischen Imperiums" die italienische Vorherrschaft im Mittelmeer und in Nordafrika an. Der Faschist Mussolini (ein mitreißender Redner) zählt schon bald zu den angesehenen europäischen Staatsmännern und nimmt an allen wichtigen internationalen Konferenzen teil.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Benito Mussolini (x051/396-397): >>Mussolini, Benito, geboren in Predappio (Forlì) 29.7.1883, gestorben in Giulino di Mezzegra (Como) 28.4.1945, italienischer Politiker; schwere Jugend, 1900 Eintritt in die Sozialistische Partei (PSI), 1901 Lehrerexamen, 1902-04 Wanderjahre in der Schweiz, 1905/06 Wehrdienst bei den Bersaglieri, 1909 Gründung und bis 1912 Leitung der Wochenzeitung "Lotta di Classe", mehrmals Haft wegen Volksaufwiegelung, 1912 Chefredakteur des sozialistischen Zentralorgans "Avanti" (Verfünffachung der Auflage in zwei Jahren); ab 1909 Zusammenleben mit Rachele Guidi (1915 standesamtlich, 1925 kirchliche Trauung; fünf Kinder).

Eher von der Elitetheorie Paretos, dem "Herrenmenschentum" Nietzsches und dem Syndikalismus Sorels beeinflusst als von Marx, trennte sich Mussolini 1914 von den Sozialisten und gründete am 14.11.14 mit dem "Popolo d'Italia" seine eigene Zeitung, in der er wie D'Annunzio für einen Kriegseintritt Italiens auf Seiten der Entente agitierte.

1915 bis zu einer Verwundung im Februar 17 war Mussolini Soldat und sammelte danach unzufriedene ehemalige Kriegsteilnehmer und enttäuschte Sozialisten um sich, gründete am 23.3.19 die "Fasci di Combattimento" (Kampfbünde) und nahm den Kampf gegen die zunehmend sozialistischen Unruhen, den Parlamentarismus und die Auswüchse des Kapitalismus auf. Im November 21 baute er seine Bewegung zur Partei aus (Partito Nazionale Fascista,

PNF) und ließ am 28.10.22 seine "Schwarzhemden" auf Rom marschieren. Am 31.10.22 wurde Mussolini Ministerpräsident einer Koalitionsregierung.

Mussolinis Bewegung mit dem Symbol des Rutenbündels (lateinisch fascis), im antiken Rom Amtszeichen der Likatoren, gab der bald auch außerhalb Italiens aufstrebenden Zeitströmung des Faschismus den Namen. Er definierte sich primär durch Feindbilder: Sozialisten, Kommunisten, Liberale, Demokraten sollten in seinem autoritären Staat keinen Platz haben.

Nach kurzem taktischen Kompromiß baute Mussolini daher einen korporativen (Carta del Lavoro) "stato totalitario", eine Einparteiendiktatur, auf, nannte sich in seiner Staatsposition nicht mehr Ministerpräsident, sondern ab 1925 "Capo del Governo" (Regierungschef) und als Parteivorsitzender schon ab 1922 "Duce" (Führer).

Seine absolute Machtstellung, untermauert durch den Oberbefehl über die faschistischen Milizen, die Präsidentschaft im Faschistischen Großrat, zahlreiche Ministerämter (bis zu acht) und das Kommando über die Streitkräfte als "Erster Marschall des Imperiums" (ab 1938), war im Gegensatz zu Hitlers Diktatur durch Bündnisse mit den traditionellen Eliten eingeschränkt. Mussolini ließ die Monarchie ebenso unangetastet wie die Großindustrie und die Kirche, mit der er in den Lateranverträgen 1929 einen Ausgleich fand und sich damit innen- wie außenpolitisch ein erhebliches Vertrauenskapital schuf.

Hatte Mussolini im Innern v.a. ordnungspolitisch durch die Zwangsmaßnahmen des Polizeistaates und wirtschaftlich durch Ausschaltung des gewerkschaftlichen Elements und staatliche Arbeitsbeschaffung (u.a. Trockenlegung der Pontinischen Sümpfe) Erfolge, so faszinierte der demagogisch geschickte Redner die Massen mit außenpolitischen Versprechungen von neuer imperialer Größe Italiens.

Die Eroberung Abessinians 1935/36, der Anteil am Sieg Francos im Spanischen Bürgerkrieg, der Griff nach Albanien 1939 schienen eine Hegemonie Italiens im Mittelmeer, dem "mare nostrum", in greifbare Nähe zu rücken. Die Achse mit dem aufstrebenden nationalsozialistischen Deutschland versprach reiche Beute, als sich die Wehrmacht im Polen- und Frankreichfeldzug als unbesiegt zu erweisen schien.

Trotz der Warnungen zahlreicher Berater, u.a. Cianos und Badoglio, trat Mussolini daher am 10.6.40 in den Krieg ein, um mit "ein paar tausend Toten" das Recht zu erwerben, mit am Siegetisch zu sitzen. Das machte ihn zum Gefangenen des nie begriffenen weltanschaulichen Krieges Hitlers, der ihm im Balkan- und im Afrikafeldzug half und ihn endgültig an sich und seinen eigenen Untergang band.

Am 25.7.43 entzog der Faschistische Großrat Mussolini zwar das Vertrauen und billigte seine Verhaftung, doch vermochte dies Italien nicht aus dem Krieg zu lösen, da deutsche Fallschirmjäger den "Duce" am 12.9.43 befreiten und damit das Land zusätzlich in einen Bruderkrieg stürzten.

In Salò etablierte Mussolini auf Hitlers Wunsch seine Marionetten-"Repubblica Sociale Italiana", ließ die "Verräter" des 25. Juli, darunter sein Schwiegersohn Ciano, aburteilen und beschwor einen blutigen Partisanenkrieg herauf.

Ihm fiel er selbst zum Opfer, als er am 27.4.45 auf der Flucht in die Schweiz von Widerstandskämpfern erkannt und am nächsten Tag zusammen mit seiner Geliebten Clara Petacci erschossen wurde. Sein Mythos aber blieb bis heute im Neofaschismus lebendig.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die italienische Partei "Partito Nazionale Fascista" (x051/439-440): >>Partito Nazionale Fascista (PNF), aus der 1919 entstandenen faschistischen Bewegung Mussolinis im November 21 gebildete italienische Partei mit rapide wachsender Mitgliederzahl (Dezember 20: 21.000, Mai 22: 322.000).

Der PNF wurde nach dem Marsch auf Rom (Oktober 22) im Zuge des Ausbaus der faschistischen Diktatur Staatspartei, deren radikale Tendenzen der allein auf Machtkonzentration bedachte Mussolini durch Bündnisse mit den traditionellen Eliten, Militär, Kirche, Großindu-

strie, eindämmte. Parallel zur Bildung der persönlichen Herrschaft des "Duce" ging die Ablösung des Wahl- durch das Ernennungsprinzip in der Partei, die damit quasi zum Staatsorgan wurde wie auch der Faschistische Großrat, ihr einstiges Zentralkomitee.

Der PNF diente nun in erster Linie zur Erfassung der Bevölkerung, was sich in der Mitgliederentwicklung ausdrückte (1927: rund 1,1 Millionen; 1937: 2,2 Millionen; 1943: 4,8 Millionen), durch Frauen- und Jugendverbände, gewerkschaftliche Durchdringung und Organisation der Freizeit (Dopolavoro). Schließlich war der PNF wenig mehr als Kulisse für die Inszenierungen der Diktatur Mussolinis.

Erst als bei sich verschlechternder Kriegslage die tönernen Füße des Kolosses erkennbar wurden, kam aus dem PNF Widerstand, der am 25.7.43 zum Sturz des "Duce" führte. Das aber wurde auch der Untergang des PNF, den die Regierung Badoglio im August 43 verbot. Seine Wiederbelebung im Partito Fascista Repubblicano (PFR) nach Mussolinis Befreiung verschärfte nur den italienischen Bürgerkrieg und blieb ohne politische und programmatische Bedeutung.<<

Der deutsche Journalist Ivo Frenzel (1924-2014) berichtet später über den "Faschismus" (x051/170-171): >>Faschismus, ursprünglich war Faschismus nur die von Mussolini in Italien 1919 gegründete, 1922 durch den "Marsch auf Rom" zur Macht gelangte Bewegung und das sich auf sie bis 1945 stützende staatliche Herrschaftssystem.

Der Begriff Faschismus bezeichnete jedoch schon bald auch ähnliche Bewegungen in anderen Ländern, sofern sie nationalistisch, antikommunistisch, autoritär und antiparlamentarisch waren. Im kommunistischen Lager, aber auch in weiten Teilen der europäischen Neuen Linken wurde Faschismus überdies zum agitatorischen Begriff, der das Feindbild schlechthin fixiert. Psychologisch verstanden, sucht der Begriff Faschismus möglicherweise schon in früher Kindheit erworbene Dispositionen für einerseits autoritätshöriges, andererseits machtbesessenes Verhalten zu fassen.

In den politischen Kontroversen des 20. Jahrhunderts ist kaum ein Begriff so strapaziert und so vielfältigen Deutungen ausgesetzt gewesen wie der des Faschismus. Zu unterscheiden ist zwischen dem historischen Phänomen des Faschismus, den Faschismus-Theorien, die die Anhänger des Faschismus selbst aufstellten, und den Theorien, die über den Faschismus von Historikern und politischen Gegnern aufgestellt wurden.

Das Wort geht auf das lateinische "Fasces" zurück, das altrömische Rutenbündel, Herrschaftssymbol der Likatoren. "Fascio" hat im Italienischen die politische Bedeutung von "Bund". Mussolinis 1919 gegründete "Fascio di combattimento" (Kampfbund) war zunächst eine linksgerichtete Splittergruppe, die erst Anfang der 20er Jahre infolge ihrer Wendung gegen den Sozialismus und Kommunismus Zulauf auch vom Bürgertum erhielt und so zu einer Massenbewegung ("movimento") wurde.

Der faschistische Staat war zentralistisch und zugleich streng hierarchisch-autoritär mit dem "Duce" (Führer) an der Spitze als alleinigem Repräsentanten der Nation: "Dieser pseudodemokratische Anspruch des Führerprinzips als Verwirklichung der totalen Identität von Herrschern und Beherrschten war die Grundfiktion des faschistischen wie denn auch des nationalsozialistischen Systems.

Im übrigen wurde das soziale Leben so umfassend wie möglich in zahlreichen Staats- und Parteiorganisationen quasi militärisch 'erfaßt'; das höchste Recht des Bürgers sollte gerade im Gegensatz zur bürgerlich-liberalen Staatsauffassung der Dienst an der uniformierten Nation sein. Mehr als die umstrittene Herkunft aus der bürgerlichen Gesellschaft trat die Affinität zu den totalen Organisationsformen sozialistisch-kommunistischer Systeme darin deutlich hervor." (K. D. Bracher, 1984)

Die Ideologie des Faschismus war stets ein Gemisch eklektizistischer Elemente. Mussolini, der ursprünglich Marxist gewesen war, übernahm von Marx die Idee des Klassenkampfes, von

Sorel das politische Prinzip der "direkten Aktion", von Pareto die Überzeugung von der Notwendigkeit eines hierarchisch-autoritären Aufbaus der Gesellschaft, von Nietzsche den Gedanken des "Willens zur Macht" als Grundmotiv des historischen Prozesses.

Der Nationalismus und die damit verbundene Ethik weisen Züge der Staatslehre Hegels auf. Völkischer Rassismus als Begründung eines militanten Antisemitismus, wie er zum Grundelement der nationalsozialistischen Ideologie gehörte, war dem italienischen Faschismus zunächst fremd. Er fand erst im Zweiten Weltkrieg auf Druck der Nationalsozialisten Eingang in die faschistische Theorie, ohne jedoch in Italien zu größerem Einfluß zu gelangen. Überhaupt war der italienische Faschismus gemessen am Anspruch seiner Theorie politisch weit weniger effizient als dessen deutsche Variante, der Nationalsozialismus.

Das Phänomen nationalistischer, autoritärer und in jedem Fall antikommunistischer Bewegungen und Herrschaftssysteme blieb nach dem Ersten Weltkrieg nicht auf Italien beschränkt. Hitler trat mit seiner NSDAP als "sozialistische Arbeiterpartei" an, die ebenfalls erst aus der Angst vor dem Kommunismus Zulauf von breiteren Schichten des Bürgertums erhielt und so zu einer Massenbewegung wurde. Aber auch in Spanien (Franco), Portugal (Salazar), Ungarn (Horthy), Polen (Pilsudski), Österreich (Dollfuß-Schuschnigg), Rumänien (Antonescu) und Argentinien (Peron) kamen in den 30er und 40er Jahren ähnliche Regime an die Macht.

Ihre Führer waren allesamt autoritär, antikommunistisch und antidemokratisch. Es ist deshalb üblich geworden, alle diese Systeme als faschistisch zu bezeichnen. Man muß aber sehen, daß die Ausprägung des Faschismus in diesen Ländern sehr verschieden war und stark von den jeweiligen nationalen und ökonomischen Bedingungen abhing. Auch die imperialistischen Programme, die zur Stärkung des Nationalstaates führen sollten, differierten.

Neben Hitler und Mussolini bleibt Franco das herausragende Beispiel des faschistischen Diktators. Er konnte seine jahrzehntelange Macht durch einen siegreichen Bürgerkrieg gegen die Kommunisten etablieren.

Auffallend ist jedoch, daß in allen Staaten, in denen der Faschismus eine politische Chance hatte, eine katholische Tradition vorherrschte, die den Aufbau einer zentralistischen, streng hierarchischen Staatsgewalt schon von der Mentalität her begünstigte.

In Deutschland konnte sich der aus österreichisch-katholischer Tradition stammende "Führer" Hitler zudem den Gehorsam der in der Tradition des preußischen Obrigkeitsstaates erzogenen Bürger zunutze machen, wodurch der Nationalsozialismus die größte und verhängnisvollste Effizienz aller faschistischen Bewegungen erreichte. (Demgegenüber hat der Faschismus in Ländern mit alter demokratischer Tradition und frühzeitiger Trennung von geistlicher und weltlicher Macht wie z.B. Schweiz, Frankreich, England, USA nie eine wirkliche Chance gehabt. Auch die auf Druck der Deutschen während des Zweiten Weltkrieges in den besetzten Ländern ins Leben gerufenen faschistischen oder gar nationalsozialistischen Parteien waren bis 1945 reine Vasallen des Militärregimes, die mit dem Untergang des Dritten Reiches verschwanden.)

Die Frage, unter welchen politischen und sozialen Bedingungen Faschismus entstehen konnte, bleibt kontrovers. Als wichtige Faktoren werden immer wieder genannt: Unbehagen am schwierigen parlamentarischen System, nationalstaatliche Enttäuschungen als Folge des Ersten Weltkrieges, die Weltwirtschaftskrise, Angst vor dem internationalen Kommunismus, Furcht vor kultureller Dekadenz, der irrationale Wunsch nach "Ordnung", nach dem starken Mann an der Spitze. Diese Gründe sind zutreffend, erklären aber das Gesamtphänomen Faschismus so wenig wie das Studium der Biographien der faschistischen Diktatoren.

Die marxistischen Definitionen des Faschismus haben sich als wenig haltbar erwiesen. Die These, der Faschismus sei ein Symptom für den Niedergang des Kapitalismus, wurde durch die geschichtliche Realität ebenso widerlegt wie die stalinistische Agententheorie, derzufolge Führer und Funktionäre faschistischer Bewegungen lediglich Lakaien oder Agenten des inter-

nationalen Kapitals seien. Zwar hatte K. Radek (1923) vor dem Faschismus als "Sozialismus des kleinen Mannes" und als neuer Massenbewegung gewarnt. Doch die Kominterntheoretiker setzten die Bagatellisierung des Faschismus durch, was u.a. zu einer verhängnisvollen Unterschätzung Hitlers durch die europäische Linke vor dem Zweiten Weltkrieg führte.

Richtiger hatte E. Bloch (1933) gesehen, daß entgegen den Hoffnungen der Linken die nationalsozialistische Bewegung angesichts der sozialen Realität nicht so schnell zum Scheitern verurteilt sei. Gegenüber dem Irrationalismus psychischer Kräfte, die hier am Werk seien, versagten die traditionellen marxistischen Denkmittel.

Auch W. Reich wies 1933 in seinem Buch "Massenpsychologie des Faschismus" darauf hin, daß in der Wirtschaftskrise die Massen zum großen Teil nicht nach links, wie die marxistische Theorie es vorausgesagt hatte, sondern nach rechts abwanderten. Als Anhänger S. Freuds glaubte Reich, daß psychische Dispositionen für den Faschismus bereits in frühester Kindheit erworben werden, dies aber nicht erst unter kapitalistischen Verhältnissen, sondern durch die alteingeschliffenen autoritären Strukturen der patriarchalischen Gesellschaft. Die Ursachen für den Faschismus werden so in fast prähistorische Zeit verlegt.

Horkheimer, Adorno u.a. Vertreter der Frankfurter Schule haben 1949/50 in der fünfbändigen empirischen Analyse "Studies in Prejudice" Untersuchungen zum autoritären Charakter vorgelegt, wobei sie vom Faschismus als kleinbürgerliche Massenbewegung ausgegangen sind.

Die stalinistische Faschismus-Theorie erreichte ihren grotesken Höhepunkt mit der Verurteilung der Sozialdemokraten als "Zwillingsbrüdern des Faschismus" und mit der These vom "Sozialfaschismus" der SPD als dem "Hauptfeind": "In Wahrheit ging es um Abgrenzung gegen den demokratischen Sozialismus und um Rechtfertigung für das eigene Versagen 1922 wie 1933" (K. D. Bracher, 1984).

In seinen materialreichen Studien hat E. Nolte (1963, 1968) eine Gesamtphänomenologie des historischen Faschismus zu geben versucht. Über die vielfältigen Ausformungen in den einzelnen Ländern setzt er als verbindende Klammer die antikommunistische Komponente, die den Faschismus insgesamt zum Merkmal der Epoche zwischen den Weltkriegen macht. Damit liefert er aber der marxistischen Trivialtheorie faschistisch = antikommunistisch neue Vorwände.

K. D. Bracher (1984) wendet sich gegen den inflationären Gebrauch des Faschismusbegriffs, gegen eine bloß ideologische oder sozialökonomische Klassifizierung, "die dem modischen Schema einer angeblichen Weltalternative Faschismus - Sozialismus folgt" und dabei das entscheidende Kriterium des modernen Staates, die politische Freiheit, verkennt. Daher betont Bracher die Verwandtschaft zwischen rechten und linken Diktaturen.

Jede neue Faschismus-Theorie wird den Faschismus als klassenübergreifende Massenbewegung ernst nehmen müssen. Ihr haben in Deutschland wie in Italien Arbeiter, Bürger mittlerer und oberer Schichten, Militärs und Vertreter der künstlerischen und wissenschaftlichen Intelligenz angehört. Als Massenbewegung dieser Art hat der Faschismus in die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges geführt und ist mit der militärischen und politischen Niederlage 1945 verschwunden. Neofaschistische Strömungen und Gruppierungen in einzelnen europäischen Ländern haben sich seither nicht mehr zu Massenbewegungen entwickeln können.<<

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg (1889-1943, 1924-28 Mitglied des Reichstages) berichtet später über den Faschismus (x073/88): >>1922 war der Faschismus zu der großen Einheitsfront aller aktiven, aller bürgerlichen und antisozialistischen Kräfte des Landes geworden. Hinter Mussolini standen die Kapitalisten, die Mittelklassen, die Intellektuellen; mit gemischten Gefühlen die Gutsbesitzer, ein erheblicher Teil der Arbeitslosen, die in den Stoßtruppen Erwerb und Betätigung gefunden hatten, und auch einzelne Arbeitergruppen.

Die sozialistischen und kommunistischen Organisationen waren zertrümmert, die alten bürgerlichen Parteien in schneller Auflösung begriffen. Der Staatsapparat hatte sich längst daran

gewöhnt, in Mussolini den nationalen Führer zu sehen, weder das Militär noch die Polizei dachten ernstlich daran, gegen den Faschismus zu kämpfen. Auch das italienische Königtum erkannte allmählich, daß die liberal-feudale Periode vorüber war, und machte noch rechtzeitig seinen Frieden mit Mussolini. ...<<

### **29.10.1922**

**Italien:** Der deutsche Diplomat Harry Graf Kessler (1868-1937) berichtet am 29. Oktober 1922 in seinem Tagebuch (x073/85): >>Die Faschisten haben durch einen Staatsstreich die Gewalt an sich gerissen in Italien. Wenn sie sie behalten, so ist das ein geschichtliches Ereignis, daß nicht bloß für Italien, sondern auch für ganz Europa unabsehbare Folgen haben kann. Der erste Zug im Vormarsch der Gegenrevolution.

Hier kommt ganz offen eine antidemokratische, imperialistische Regierungsform wieder zur Macht. In einem gewissen Sinne kann man Mussolinis Staatsstreich mit dem Lenins im Oktober 1917 vergleichen, natürlich als Gegenbild. Vielleicht leitet er eine Periode europäischer Wirren und Kriege ein.<<

### **30.12.1922**

**UdSSR:** Am 30. Dezember 1922 gründet Lenin die Sowjetunion und errichtet eine Militärdiktatur. Stalin wird Generalsekretär des ZK.

#### **Der "kommunistische Klassenkampf" in der Sowjetunion**

Um den angestrebten Kommunismus in der Sowjetunion zu verwirklichen, erfolgte zuerst eine gesellschaftliche, wirtschaftliche und seelische Gleichschaltung aller Menschen. Lenin ließ unverzüglich die "gefährlichsten Gegner" (Adel, Kirche und Bürgertum) inhaftieren oder "in aller Stille" erschießen. Sämtliche Fabriken, Bergwerke, Banken, Handels- und Verkehrsbetriebe sowie Gutshöfe wurden umgehend verstaatlicht.

Die Kommunisten bekämpften besonders das Christentum ("die Kommunisten benötigen keinen Gott"). Sie machten sich zunächst über die Christen lustig und löschten anschließend nach und nach alle christlichen Gruppierungen aus. Ungezählte Bischöfe und Priester der christlichen Kirchen wurden umgebracht oder verbannt und das Christentum systematisch vernichtet. In der Sowjetunion gab es keine allgemeinen Menschenrechte, denn das kommunistische System duldete nur sogenannte "Klassenrechte". Der kommunistische "Klassenkampf" sollte angeblich eine glückliche, klassenlose Gesellschaft realisieren, aber die gewaltsamen Massenteignungen und die willkürlichen Gewalttaten führten schnell zu einem heillosen Chaos.

Nach Gründung der Sowjetunion brachen schon bald Handel und Verkehr zusammen. Viele Fabriken wurden geschlossen und riesige landwirtschaftliche Anbauflächen versteppten. Überall breiteten sich chaotische Zustände aus. Infolge der konfusen politischen und wirtschaftlichen Nachkriegsverhältnisse sowie einer großen Dürre brach ab 1921 in Sowjetrußland eine gewaltige Hungersnot aus, die mehr als 5,0 Millionen Menschenleben forderte (x076/287).

In der "neuen" UdSSR, die durch den verlustreichen russisch-deutschen Krieg (1914-1918) und den russischen Bürgerkrieg (1918-1920) enorm geschwächt war, schwärmten damals Millionen von Heimatlosen, Bettlern und Waisenkindern ruhe- und ziellos durch das verwüstete Land, um den Hungertod zu entgehen. Gemäß der altbewährten Devise: HELFT! HELFT! Errichtete man z.B. in Berlin das "Auslandskomitee zur Organisierung der Internationalen Arbeiter-Hilfe". Die russische Hungerkatastrophe wurde damals vor allem durch die nordamerikanisch-westeuropäische Lebensmittelhilfsaktion (Leitung: US-Handelsminister Herbert Hoover, 1874-1964) entscheidend gemildert.

Nach den schweren, entbehrungsreichen Kriegs- und Hungerjahren knüpfte die sowjetische Bevölkerung große Hoffnungen und Wünsche an die siegreichen Kommunisten. Die geschundene Zivilbevölkerung wurde jedoch bitter enttäuscht, denn Lenin, der das fast völlig ruinierte Riesenreich mit eiserner Energie durch alle bedrohlichen Krisen jener äußerst schwierigen,

unruhigen Zeit geführt hatte, erlitt bereits 1922 einen schweren Schlaganfall. Lenin (der nach dem Schlaganfall teilweise gelähmt war und vorübergehend seine Sprache verlor) kämpfte danach bis zum Januar 1924 verzweifelt gegen den Tod ("Es liegt noch so viel Arbeit vor mir! ...").

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die "Sowjetunion" in den Jahren 1922-1933 (x051/545): >>Sowjetunion (amtlich seit 1922 Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, UdSSR), europäisch-asiatischer Staat mit fast 22 Millionen qkm und 164 Millionen Einwohnern (1932), Hauptstadt Moskau.

Nach dem Ende des Kriegskommunismus 1917/21, des Bürgerkrieges und der äußeren Interventionen (18.3.21 Friede von Riga, Verlust Galiziens und eines weißrussischen Streifens an Polen) und der Einleitung einer inneren Konsolidierung 1921 durch Lenins "Neue Ökonomische Politik" (NEP) begann die Sowjetunion mit dem Abbau der außenpolitischen Isolierung: Durch den Rapallo-Vertrag 1922 (1926 bekräftigt durch den Berliner Vertrag) Beginn einer engen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit der Weimarer Republik; 1924 Anerkennung durch Frankreich, Großbritannien (1927-29 unterbrochen) und die meisten europäischen Staaten.

Der grundsätzlichen Doppelbödigkeit sowjetischer Außenpolitik – politisch-ideologisches Offensivstreben und nationales Sicherheitsbedürfnis – entsprach immer eine Ambivalenz (Doppelwertigkeit) ihrer Außenbeziehungen zu den kapitalistischen Staaten: korrekte zwischenstaatliche Beziehungen bei strikter ideologischer Abgrenzung.

Stalins mit dem 1. Fünfjahresplan (1928-33) eingeleitete Politik der forcierten Industrialisierung, Aufrüstung (Zusammenarbeit mit der Reichswehr) und Zwangskollektivierung sowie seine zeitweilige Absage an die Weltrevolution durch das Bekenntnis zum "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" hatten weitreichende außenpolitische Konsequenzen: Die Sowjetunion wurde zum attraktiven Anlagefeld für westliche, insbesondere deutsche industrielle Investitionen gegen sowjetische Rohstoff- und Nahrungsmittellieferungen und wurde zu defensiver Sicherheitspolitik nach außen gezwungen. ...<<

## **1922**

**Deutsches Reich:** Da die geforderten Reparationen die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft erheblich überfordern, ist das Deutsche Reich am Ende des Jahres 1922 nicht in der Lage, alle fälligen Reparationen zu zahlen.

Die ungeschützten Grenzen des Deutschen Reiches werden weiterhin ständig durch polnische Nationalisten bedroht. Vor allem in den preußischen Provinzen Ostpreußen und Schlesien rechnet man im Winter 1922/23 mit dem polnischen Einmarsch.

Der deutsche Zentrumspolitiker Joseph Wirth (1879-1956, 1921/22 deutscher Reichskanzler) berichtet später über die ungeschützten Grenzen des Deutschen Reiches (x309/83-84): >>Alle deutschen Regierungen zwischen 1918 und 1933 und die deutsche Heeresleitung waren von der Sorge um den Bestand des Reiches beseelt, den sie innen- und außenpolitisch bedroht sahen.

Bereits in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg hatte Polen wiederholt versucht, Teile des Reichsgebiets gewaltsam vom Reich abzutrennen. Die Furcht vor weiteren Angriffen war nicht unbegründet. Nationalistische polnische Kreise forderten weitere Gebietsabtrennungen. ... Dabei war die Bewaffnung unserer Reichswehr kläglich. ... Reichskanzler Dr. Brüning und Reichswehrminister Gröner beschlossen daher (Anfang 1930), bei einem Angriff der Polen Schlesien zu räumen. ...<<

## 1923

Welches Abzeichen tragen Sie? Sowjetstern mit Hakenkreuz, man kann doch nie wissen, woher der nächste Putsch kommt!  
*Deutscher Spottvers in den 20er Jahren*

### 09.01.1923

**Deutsches Reich:** Die deutsche Reichsregierung protestiert am 9. Januar 1923 gegen die rücksichtslose französische Reparationspolitik und beantragt einen kurzfristigen Lieferungs- und Zahlungsaufschub, weil man die geforderten Reparationen nicht termingerecht leisten kann.

Da die alliierte Reparationskommission behauptet, daß die Deutschen "absichtlich" zu geringe Kohlenlieferungen leisten würden, lehnt die französische Regierung die Fristverlängerung schließlich ab.

### 10.01.1923

**Deutsches Reich:** Litauische Truppen dringen am 10. Januar 1923 in das unter französischer Besatzung stehende Memelland ein und besetzen gewaltsam diese ostpreußischen Gebiete, denn die hilflose deutsche Republik ist nicht in der Lage, die schwachen Freikorpsverbände der Litauer (verkleidete Soldaten der litauischen Armee) zu vertreiben (x090/262).

Der deutsche Außenminister weist die geforderten französischen und belgischen Sicherstellungsansprüche am 10. Januar 1923 zurück.

Die US-Truppen verlassen am 10. Januar 1923 das Rheinland.

Bei einer der "modernen" Antikriegs- und Friedensdemonstrationen fordern die deutschen Linksparteien, Gewerkschaften, Kirchen, der Reichsbund für Kriegsbeschädigte und mehrere Friedensbewegungen am 10. Januar 1923 eine vollständige deutsch-europäische Abrüstung und Kriegsächtung: "Nie wieder Krieg!"

### 11.01.1923

**Deutsches Reich:** Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen liefert (Reparationsrückstände = ca. 24,0 Millionen Mark), marschieren am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein (später halten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf).

Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagiert vielerorts mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich bricht danach ein Sturm der Entrüstung los.

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtet später über die Besetzung des Ruhrgebietes durch französisch-belgische Truppen (x291/66-68): >>... Im Laufe des Jahres 1921 rückte eine Revision des Versailler Vertrages zugunsten Deutschlands immer näher: Die Deutschen drohten seit dem Vertrag von Rapallo im April mit einer engeren Verbindung mit der Sowjetunion und brachten zugleich unter Hinweis auf ihren Währungsverfall, den sie selbst aktiv förderten, ein Moratoriumsersuchen nach dem anderen vor.

Als im November in Berlin eine Regierung gebildet wurde, die offensichtlich entschlossen war, überhaupt nicht zu zahlen (Kabinett Cuno), rang sich das französische Kabinett, nunmehr unter dem Vorsitz von Poincaré, dazu durch, die unter Briand schon einmal vorbereitete Ruhrbesetzung doch noch vorzunehmen: Nur so schien es ihm möglich, den Trend zur allgemeinen Revision noch einmal umzukehren und an die zur Lösung der eigenen Finanzprobleme dringend benötigten Gelder heranzukommen.

Nach einigen diplomatischen Scharmützeln, die nur deutlich machten, daß auch die Deutschen entschlossen waren, die Kraftprobe zu wagen, rückten am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein. Die Briten blieben abseits, ließen ihre Verbündeten aber vorerst gewähren.

Die Kraftprobe mündete zunächst in einen Sieg der französischen Seite. Die Reichsregierung

inszenierte zwar einen "passiven Widerstand der Ruhrbevölkerung", der das wirtschaftliche Leben in den besetzten Gebieten fürs erste lahmlegte, konnte die Besatzer damit aber nicht zum Aufgeben zwingen und mußte die Finanzierung des Widerstands zudem mit der völligen Zerrüttung der deutschen Währung bezahlen.

Im Sommer begann die Streikfront abzubreckeln; die Unternehmer fanden sich allmählich bereit, mit der Interalliierten Kontrollkommission (MICUM) Verhandlungen über Reparationslieferungen aufzunehmen. Außerdem geriet die Reichseinheit ins Wanken: Die Wirtschaftsgrenzen, die die Besatzer errichtet hatten, wirkten auf eine Umorientierung der Ruhrwirtschaft zum Westen hin, die massenhafte Ausweisung preußischer Beamter schwächte den administrativen Zusammenhalt; und die Ermunterung separatistischer Aktivitäten durch die Besatzungsbehörden fand unter diesen Umständen verstärkt Resonanz.

Der deutschen Seite blieb schließlich nichts anderes übrig als zu kapitulieren: Am 26. September gab der neue Reichskanzler Gustav Stresemann offiziell das Ende des "passiven Widerstands" bekannt und erklärte sich zu neuen Verhandlungen über ein Reparationsabkommen bereit.

Poincaré wollte sich mit diesem Erfolg aber noch nicht zufriedengeben. Einerseits verfügte er noch nicht über sichere Garantien für künftiges deutsches Wohlverhalten; und andererseits schien sich ihm durch die Lockerung der Bindungen der besetzten Gebiete an das Reich doch noch die Gelegenheit zu ergeben, in der Rheinlandpolitik weiterzukommen, als dies 1919 möglich gewesen war. So schlug er die deutschen Verhandlungsofferten aus, ließ die Besatzungstruppen weiter separatistische Aktivitäten fördern und verhandelte schließlich im November mit Adenauer und dessen Freunden (die sich dazu von der Reichsregierung hatten ermächtigen lassen) über die Bildung einer Rheinischen Republik.

Damit aber ging er über Frankreichs Möglichkeiten hinaus: Während Adenauer die Verhandlungen in die Länge zog, bis sich die Finanzen des Reiches nach der Einführung der Rentenmark wieder erholten, nahm der Kursverfall des Franc, der durch die Kraftanstrengung an der Ruhr ebenfalls mitgenommen war, dramatische Ausmaße an. Im Januar 1924 kamen die Banken der Londoner City den Deutschen zu Hilfe; die Franzosen aber mußten, um ebenfalls finanzielle Unterstützung von britischer und amerikanischer Seite zu erlangen, ihre Separierungspläne aufgeben. ...<<

### **13.01.1923**

**Deutsches Reich:** Nach der Besetzung des gesamten Ruhrgebietes verkündet Reichskanzler Wilhelm Cuno (1876-1933) am 13. Januar 1923 den "passiven Widerstand". Die deutschen Botschafter verlassen Paris und Brüssel.

Im gesamten Ruhrgebiet versenkt man später z.B. Schiffe, um Kanäle zu blockieren und sprengt Bahnstrecken, um den Abtransport der Kohle zu verhindern. Sämtliche Kohlenlieferungen werden eingestellt.

Bei den erbitterten Auseinandersetzungen kommen später mindestens 132 Deutsche um. Die Besatzer verhängen außerdem 11 Todesurteile und 5 lebenslange Zuchthausstrafen (x034/-204).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über den "Ruhrkampf" (x051/-504): >>Ruhrkampf, deutscher Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes am ... (11.1.23) durch französische und belgische Truppen unter dem Vorwand, Berlin sei mit seinen Reparationslieferungen (Holz, Telegrafenfähle, Kohle) im Rückstand (Politik der "produktiven Pfänder").

Der Ruhrkampf wurde von der Bevölkerung mehrheitlich als "passiver Widerstand" (Einstellung von Reparations- und Dienstleistungen an die Besatzungsmächte, Stilllegung von Gruben, Fabriken, Eisenbahnen), zum geringeren Teil auch mit aktiven Sabotagemaßnahmen (Versenkung von Binnenschiffen, Blockierung von Kanälen, Sprengung von Schienen) geführt und

löste zeitweise sogar eine Aktionsgemeinschaft zwischen Nationalsozialisten (Schlageter) und Kommunisten (nationalkommunistischer "Schlageter-Kurs" unter Radek) aus.

Gegenterror, Repressalien und Ausweisungen seitens der Besatzungsmächte führten zu Haß und Verbitterung unter der Bevölkerung; die finanzielle Unterstützung des Ruhrkampfes durch die Reichsregierung ließ den Kurs der Reichsmark ins Bodenlose fallen (Inflation). Die Franzosen ermutigten separatistische Bewegungen im Rheinland und in der Pfalz.

Die politischen und wirtschaftlichen Gefahren veranlaßten Reichskanzler Stresemann am 26.9.23 zum bedingungslosen Abbruch des Ruhrkampfes; diese Entscheidung löste u.a. am 9.11.23 den Hitlerputsch aus.

Am Ende leitete aber die Wiederaufnahme der Erfüllungspolitik die Durchbrechung der internationalen moralischen Isolierung des Deutschen Reiches und die vermittelnde Tätigkeit Englands und der USA in der Reparationsfrage (Dawesplan) ein. Das Ruhrgebiet wurde bis zum Juli 25 wieder geräumt.<<

**Großbritannien:** Britische Juristen kritisieren am 27. Januar 1923 die französisch-belgische Ruhrbesetzung (Verletzung des Versailler Friedensvertrages).

### **29.01.1923**

**Deutsches Reich:** Der französische General Jean-Marie Degoutte (1866-1938) ordnet am 29. Januar 1923 im besetzten Ruhrgebiet den "verschärften Belagerungszustand" an.

### **30.01.1923**

**Schweiz:** Im sogenannten "Frieden von Lausanne" wird am 30. Januar 1923 die türkisch-russische Annexion Armeniens durch den Völkerbund anerkannt und damit die Liquidation des Staates Armenien offiziell bestätigt.

Das Osmanische Reich behält die besetzten Gebiete Westarmeniens (Kars und Ardahan), während die restlichen Gebiete Armeniens von der Sowjetunion übernommen werden. (x061/445). Das zu 75 % von Armeniern bewohnte Nagorny-Karabach wird der Sowjetrepublik Aserbaidschan zugeordnet.

Ungeachtet der bisherigen Vorkommnisse verzichtet der Völkerbund auf türkische Reparationen und fördert bzw. genehmigt die "Umsiedlung" von etwa 1.350.000 Griechen und 430.000 Türken (x061/445).

### **Umsiedlung von Griechen und Türken**

Während man in Europa im 19. Jahrhundert grundsätzlich auf die Vertreibung von nationalen Volksgruppen verzichtet hatte, begannen nach dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1923 erstmalig sogenannte "freiwilligen" Umsiedlungen, die später nach dem Zweiten Weltkrieg in unvorstellbaren, gewaltsamen Massenvertreibungen enden sollten.

Nach langwierigen Verhandlungen beschlossen die führenden Mächte des Völkerbundes, Frankreich und Großbritannien, am 30. Januar 1923 eine umfangreiche griechisch-türkische Umsiedlungsaktion.

Infolge des sog. "Integralnationalismus" strebte man ab 1923 in den europäischen Ländern deckungsgleiche Volkstums- und Staatsgrenzen an ("ein Volk = ein Staat"). Diese "Flurbereinigungen" wurden auf Dauer als die vernünftigste Lösung angesehen, um Feindschaften und Spannungen zwischen den unterschiedlichen Nationalitäten zu beenden. Diese angeblich "vernünftige Lösung" sollte besonders für die vielfältigen Nationalitäten in Osteuropa, die im allgemeinen seit Jahrhunderten friedlich neben- und miteinander lebten, verhängnisvolle und verheerende Folgen haben.

Am 30. Januar 1923 unterzeichneten Griechenland und das Osmanische Reich während der Konferenz von Lausanne die Konvention über den "freiwilligen Bevölkerungstransfer". Die besiegten Griechen (türkisch-griechischer Krieg von 1921/22) mußten danach große Gebiete in Kleinasien (Ostthrazien bis zur Maritza, die Inseln Imbros und Tenedos sowie das Gebiet um Smyrna) räumen, obwohl diese Siedlungsgebiete größtenteils schon seit der Zeit des neuen

Testaments die Heimat der Griechen war. In den folgenden 6 Jahren wurden ca. 1.350.000 Griechen und 430.000 Türken aus Ostthrazien und Anatolien umgesiedelt (1.000.000 Griechen waren schon vorher wegen der allseits gefürchteten Türkengreuel geflohen).

Die vielerorts brutale und unmenschliche Umsiedlung der Griechen und Türken wurde später als erfolgreiche "friedensbildende Maßnahme" gefeiert. Vor allem der spätere britische Premierminister Churchill und US-Präsident Warren G. Harding (1865-1923, seit 1921 Präsident) waren nach dieser "friedlichen Umsiedlung" begeisterte Anhänger dieser "einfachen Lösung", obgleich es sich bei diesen radikalen ethnischen Trennungen um ausgesprochen barbarische Aktionen handelte, die vor allem für die griechischen Vertriebenen schwerste Leiden und große wirtschaftliche Schwierigkeiten brachten.

Der britische Außenminister George N. Curzon (1859-1925, ehemaliger Vizekönig von Indien), verurteilte damals entschieden den sogenannten "freiwilligen Bevölkerungstransfer".

George N. Curzon warnt während der Konferenz von Lausanne vergeblich (x025/132): >>... (vor dieser) durch und durch schlechten Lösung, für welche die Welt in den nächsten hundert Jahren eine schwere Strafe zu zahlen haben wird. ...<<

Nach den griechisch-türkischen Umsiedlungen machten sich schon bald die ersten verhängnisvollen Nebenwirkungen dieser verantwortungslosen "Umsiedlungspolitik" bemerkbar. In Polen mußten sich die Deutschen in den ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen sowie andere nationale Minderheiten spätestens ab 1923 entweder völlig unterordnen, oder sie wurden vielfach gewaltsam gezwungen, ihre z.T. uralten Heimatorte kurzfristig zu verlassen.

Prof. Dr. Horst Geyer (1907-1958, deutscher Psychiater und Schriftsteller) schreibt später über die zwangsweisen "Umsiedlungen" nach dem Ersten Weltkrieg (x219/142): >>... Die Tatsachen muten wie ein Stück aus dem Tollhaus an: Nach dem ersten Weltkrieg kam es zu einer Orgie der Nationalstaaterei – Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien entstanden als neue politische Gebilde, Rußland praktiziert eine ganz neue revolutionäre Staatsführung.

So setzen die Massenfluchten ein: 1,2 Millionen Russen fliehen in die Länder des Westens, 200.000 der baltischen Länder und der Tschechoslowakei siedeln nach Deutschland über; ebenso viele kommen aus Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy. 120.000 Bulgaren werden aus Griechenland vertrieben, dafür werden 50.000 Griechen aus Bulgarien hinausgeworfen. Aus Jugoslawien und der Tschechei weist man 200.000 Ungarn aus, dieselbe Anzahl gleicher Nationalität noch einmal aus Rumänien. 1922 veranlaßt der griechisch-türkische Krieg die Flucht von 1,2 Millionen Griechen aus der Türkei und von 400.000 Türken aus Griechenland.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die vertraglich vereinbarten "ethnischen Säuberungen" nach dem Ersten Weltkrieg (x309/119-120): >>... Lange Zeit hatte in der Praxis internationaler Politik das Prinzip des Augsburger Religionsfriedens von 1555 gegolten: "Cuius regio, eius religio" (Wessen das Gebiet, dessen die Religion).

Der Obrigkeit beziehungsweise dem Staat wurde das Recht zugebilligt, sich seine Untertanen respektive Bürger "auszusuchen" oder zu "formen". Diese hatten sich dem Staat anzupassen oder mußten das Territorium auf der Basis des "beneficium emigrandi" (Abzugsrecht) verlassen.

Auf dieser Linie lag auch der Vertrag, der am 13. Januar 1923 in Lausanne zwischen Griechenland und der Türkei geschlossen wurde. Der Kernsatz der Konvention, die einen wichtigen Schritt hin zum sechs Monate später ebenfalls in Lausanne geschlossenen Abkommen zur Beendigung des Krieges zwischen beiden Staaten darstellte, lautete:

"Vom 1. Mai 1923 an soll ein Zwangsumtausch von türkischen Staatsangehörigen griechisch-orthodoxer Religion, die auf türkischem Territorium leben, und griechischen Staatsangehöri-

gen muslimischer Religion, die auf griechischem Territorium leben, stattfinden."

Damit verloren etwa 1,3 Millionen mehrheitlich griechischsprachige orthodoxe Christen ihre anatolische Heimat samt osmanisch-türkischer Staatsangehörigkeit, während buchstäblich im Gegenzug annähernd 400.000 Muslime türkischer, slawischer, albanischer und anderer Zunge aus Griechenland in das Land Atatürks übersiedeln mußten.<<

### **31.01.1923**

**Deutsches Reich:** Ein belgisches Kriegsgericht verurteilt am 31. Januar 1923 in Aachen vier deutsche Polizisten zum Tod.

### **Januar 1923**

**Deutsches Reich:** Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1923 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich fast 100,0 % (x149/42).

### **13.02.1923**

**Deutsches Reich:** Reichspräsident Ebert ruft am 13. Februar 1923 zum passiven Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes auf.

In den höheren Schulen Bayerns wird am 13. Februar 1923 das bisherige Pflichtfach "Französisch" durch "Englisch" ersetzt.

### **31.03.1923**

**Deutsches Reich:** Während einer Demonstration gegen die französischen Besatzungstruppen werden am 31. März 1923 in Essen 13 deutsche Demonstranten erschossen (x034/192).

### **04.05.1923**

**Deutsches Reich:** Im preußischen Landtag ereignet sich am 4. Mai 1923 eine Prügelei zwischen SPD- und KPD-Abgeordneten, so daß die Sitzung geschlossen werden muß.

### **06.05.1923**

**Deutsches Reich:** Die französischen und belgischen Besatzungsmächte lehnen am 6. Mai 1923 ein deutsches Reparationsangebot ab.

### **26.05.1923**

**Deutsches Reich:** Albert Leo Schlageter (1894-1923, deutscher Offizier im 1. Weltkrieg und Freikorpskämpfer im Baltikum) wird am 26. Mai 1923 wegen Sabotage von den französischen Besatzungstruppen in der Golzheimer Heide (bei Düsseldorf) erschossen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Oktober 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/22-24): >>"Wanderer ins Nichts"

*\_ von Rüdiger Lenhoff*

Im Frühjahr 1923 exekutierten französische Besatzungstruppen im Rheinland einen deutschen Patrioten und schufen damit einen Märtyrer, der in allen politischen Lagern geachtet wurde. Doch aus dem kollektiven Gedächtnis der Nation ist er verschwunden.

"Grüßen Sie meine Eltern, meine Geschwister und mein Deutschland! Auf Wiedersehen!" - Das soll Albert Leo Schlageter in den Morgenstunden des 26. Mai 1923 gerufen haben, bevor er auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf erschossen wurde.

Mit seinen kühnen Sabotageakten hatte er den Abtransport heimischer Kohle nach Frankreich behindert und damit mehr als nur jenen passiven Widerstand geleistet, wie er von der Reichsregierung propagiert wurde.

**"Ist der Krieg auch schrecklich, seine Schönheiten und Anziehungen hat er doch."**

Albert Leo Schlageter

Schlageters Leben war das eines soldatischen Draufgängers, der sich für sein politisch ohnmächtiges und wirtschaftlich ausgeplündertes Vaterland verzehrte. Er gehörte zu jener Sorte von Männern, wie sie nur durch die Zeitumstände des Ersten Weltkrieges und die Not danach geformt werden konnten. Es waren ruhelose Geister, unbürgerliche Existenzen, die der Diktatfriede von Versailles, kommunistische Aufstände, Landraubversuche im Osten und die Ruhr-

besetzung zu irregulären Kämpfern des Reiches werden ließen.

### **Kampf um Oberschlesien**

Im August 1894 in Schönau im Schwarzwald als sechstes Kind einer katholischen Bauernfamilie geboren, machte Schlageter nach Kriegsbeginn sein Notabitur und trat im Dezember 1914 als Kriegsfreiwilliger ins 5. Badische Feldartillerieregiment Nr. 76 ein. Im März 1915 berichtete er einem ehemaligen Lehrer: "Ist der Krieg auch schrecklich, seine Schönheiten und Anziehungen hat er doch, besonders für uns junge Leute." Seine christliche Prägung spricht aus vielen Feldbriefen. "Der Krieg fordert nur die besten und tüchtigsten Leute, so daß wir, die wir noch am Leben sind, ... uns fast schämen. Gottes heiliger Wille hat es so beschlossen", schrieb er im April 1916.

Im Mai 1917 bekommt der Soldat das Eiserne Kreuz II. Klasse und im April 1918 das Eiserne Kreuz I. Klasse verliehen. Das Theologiestudium, für das sich Schlageter zwischenzeitlich an der Universität Freiburg eingeschrieben hatte, führte er nach seiner Entlassung nicht fort, sondern besuchte für kurze Zeit Nationalökonomie-Vorlesungen. Der Schriftsteller Ernst von Salomon, damals Freikorpskämpfer, bemerkte dazu rückblickend: "Das Studium vermochte ihm so wenig wie allen Männern der Front in jenen Tagen die Auffassung zu vermitteln, daß die Zeit nach guten Bürgern und auskömmlichen Berufen statt nach Männern und harten Aufgaben verlange."

Tatendurstig trat Schlageter Anfang 1919, kurz nach dem Ende des Krieges, dem Jungdeutschen Orden bei und schloß sich wenig später dem Freikorps des Hauptmanns Walter-Eberhard Freiherr von Medem an, das im Baltikum gegen die Bolschewisten kämpfte. Nach zeitgenössischen Berichten war der Leutnant ein schneidiger Batterieführer. Im Oktober 1919 räumte er in einem Brief an seine Eltern mit Schauergeschichten auf, die schon damals über die Freiwilligenverbände kursierten: "Wir sind zu den Russen übergetreten, trotz all der Einsprüche der deutschen Regierung. Wir werden auch Kurland nicht verlassen, wenn auch der Engländer noch so drängelt.

Denn es gilt wirklich, ein Land zu befreien von den ärgsten Greuelthaten. Daß wir hier plündern und räubern, ist alles von Grund auf erlogen. Bei uns wird der kleinste Diebstahl viel, viel strenger bestraft wie früher. Wir haben eine sehr gute Disziplin."

### **Frankreich verfolgte eine aggressive Politik der "produktiven Pfändung".**

Im März 1920 beteiligte sich der patriotische Feuerkopf an der Niederschlagung des linksradikalen Ruhraufstandes und kämpfte unter anderem in den Straßen Bottrops. Im Mai 1921 kam es zu erbitterten Kämpfen zwischen polnischen Freischärlern und deutschen Selbstschutzverbänden in Oberschlesien, obwohl die Volksabstimmung zwei Monate zuvor ein klares Votum für den Verbleib der Provinz bei Deutschland ergeben hatte. In den Reihen des Freikorps von Heinz Oskar Hauenstein war dort auch der Badener wieder dabei. Ernst von Salomon war voll des Lobes:

"Das Bataillon Schlageter war eines der ersten an der sich langsam neu bildenden Front des deutschen Selbstschutzes. Es schob sich im Rahmen des Regiments in dauernden Gefechten bis in die Ausgangsstellung zu jenem entscheidenden Sturm heran, der den Annaberg wieder in deutsche Hand und Oberschlesien in seinen deutschen Teilen wieder zum Reich bringen sollte."

### **Unter französischer Kuratel**

1922 zog es den Freikorpsveteranen nach Berlin, das ein Magnet für Aktivisten und Hasardeure aller politischen Lager war, die Kontakte knüpften und in Lauerstellung auf den großen Knall warteten. Aber Schlageter interessierte sich nicht für Parteiprogramme, sondern für einsatzfrohe Männer gleicher Gesinnung und Haltung. Als die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschierten, setzte auch er sich in Bewegung und wurde am neuen Krisenherd aktiv.

Im Mai 1921 hatten die Siegermächte auf der Londoner Reparationskonferenz von Deutsch-

land die Zahlung von 132 Milliarden Goldmark verlangt und im Weigerungsfall die Besetzung des rohstoffreichen Ruhrgebietes angedroht. 1922 konnte die von Inflation gebeutelte junge Weimarer Republik ihren Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Ende des Jahres stellte die alliierte Reparationskommission fest, daß Deutschland mit seinen Holz- und vor allem Kohlelieferungen im Rückstand war. Die französische Regierung unter Raymond Poincaré lehnte jedes Entgegenkommen ab und verfolgte eine aggressive Politik der "produktiven Pfändung". Das bedeutete nichts Geringeres als den Marsch an Rhein und Ruhr.

Am 11. Januar 1923 drangen französische und belgische Truppen in die Herzkammer der deutschen Kohleproduktion ein. Die Reichsregierung unter Wilhelm Cuno rief daraufhin den passiven Widerstand aus und untersagte allen Beamten, einschließlich den Eisenbahnern, die Anordnungen der "Einbruchsmächte" zu befolgen. Von heute auf morgen versiegten alle Kohlelieferungen an das Ausland. Ohne die Mithilfe der deutschen Arbeiter bekamen die Ruhrbesatzer die Kohle weder abgebaut noch ausgeliefert.

Schlageter wollte den passiven Widerstand nun in den aktiven überführen. Ihn schreckte auch nicht, daß die Interalliierte Rheinlandkommission allen mit dem Tod drohte, die sich der Sabotage des Eisenbahnverkehrs und des Anschlags auf Besatzungstruppen schuldig machen. Kämpfernaturen wie Schlageter und Hauenstein erwiesen sich als Männer der Tat, indem sie Bahnschienen und Brücken sprengten, um Kohlentransporte nach Frankreich gänzlich unmöglich zu machen. Aufsehen erregte die von Schlageter für sich reklamierte Beschädigung einer Eisenbahnbrücke bei Kalkum nahe Düsseldorf im März 1923.

Einiges spricht dafür, daß die vielfältigen Sabotageakte mit stillem Einverständnis staatlicher Stellen erfolgten. Unklar und damit Stoff für Verschwörungstheorien ist bis heute, ob Verrat durch eingeschleuste Spitzel oder Unvorsichtigkeit zur Verhaftung Schlageters im April 1923 führte. Schon zwei Monate später wurde er von einem französischen Kriegsgericht wegen Spionage und Sabotage zum Tode verurteilt. Jede Revisionsmöglichkeit wurde ausgeschlossen, Poincaré lehnte ein Gnadengesuch ab.

Schlageters Hinrichtung machte ihn nicht nur in nationalen Kreisen zum Märtyrer, sondern bewegte weite Teile des Volkes. Die Ruhrbesetzung war überall verhaßt, weil sie die Inflation zur Hyperinflation verschärfte und damit die Massenverarmung verstärkte. Sie wurde auch als demütigend empfunden, weil die französische Regierung gezielt nord- und schwarzafrikanische Besatzungstruppen in die Ruhr-Metropolen entsandte. Im Lande herrschte die einhellige Meinung vor, daß die französische Besatzungsmacht kein Recht habe, einen Deutschen auf unrechtmäßig besetztem Heimatboden vor ein Kriegsgericht zu stellen und zum Tode zu verurteilen.

### **Ehrung durch Nazis und Kommunisten**

In dieser Gemengelage erkannten die Kommunisten eine Chance, der eigenen Sache durch das Propagieren einer Kampfgemeinschaft aller arbeitenden Deutschen mehr Schubkraft zu verleihen. Am 20. Juni 1923 hielt Karl Radek in einer Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale seine berühmte Rede "Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts", in der er dem von den Franzosen füsilierten Kämpfer gegen die Ruhrbesetzung huldigte und mit den Worten schloß:

"Schlageter kann nicht mehr diese Wahrheit vernehmen. Wir sind sicher, daß hunderte Schlageters sie vernehmen und sie verstehen werden." Das Protokoll des 3. Plenums des Exekutivkomitees vermerkt allgemeinen Beifall. Die Rede erregte viel Aufmerksamkeit, verpuffte aber ohne die erhoffte Mobilisierungswirkung.

Erfolgreicher bei der propagandistischen Indienstnahme Schlageters waren die Nationalsozialisten - und das, obwohl sie den aktiven Widerstand im Ruhrgebiet aus politischem Kalkül nicht unterstützt hatten. Schon im Frühjahr 1923 wurde innerhalb der Münchner SA eine

"Kompanie Schlageter" ins Leben gerufen. Am 10. Juni 1923, als der Hingerichtete in einem Ehrengrab auf dem Schönauer Friedhof beigesetzt wurde, hielt die NSDAP in München eine eigene Gedenkveranstaltung unter Beteiligung Hitlers ab.

Anlässlich des zehnjährigen Todestages Schlageters am 26. Mai 1933 sprach der Philosoph Martin Heidegger vor dem Haupteingang der Universität Freiburg auf einer großen Gedenkfeier. Zu Ehren des ehemaligen Freiburger Studenten sagte der Universitätsrektor: "Schlageter starb den schwersten Tod, nicht mehr in der vordersten Front als Führer seiner Infanteriebegleitbatterie, nicht mehr im Drang des Angriffs, auch nicht in der Verbissenheit der Verteidigung, nein, wehrlos stand er vor den französischen Gewehren. Aber er stand und trug das Schwerste.<<

### **30.06.1923**

**Deutsches Reich:** Bei einem Sprengstoffattentat auf der Duisburger Rheinbrücke sterben am 30. Juni 1923 neun belgische Soldaten.

In Mainz verurteilt die französische Besatzungsmacht 7 Deutsche wegen Sabotage zum Tod.

### **11.07.1923**

**Deutsches Reich:** Im besetzten Ruhrgebiet werden am 11. Juli 1923 etwa 80.000 französische und 7.000 belgische Soldaten sowie 10.000 französische und 1.000 belgische Eisenbahner eingesetzt (x034/199).

### **02.08.1923**

**Deutsches Reich:** Die englischen Vermittlungsvorschläge zur Beendigung des Ruhrkampfes werden von Frankreich am 2. August 1923 abgelehnt.

### **26.09.1923**

**Deutsches Reich:** Nach der Massenausweisung von rund 150.000 Deutschen und erfolglosen deutsch-französischen Verhandlungen bricht die deutsche Reichsregierung am 26. September 1923 den Generalstreik wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft ab. DNVP und KPD lehnen diese Entscheidung ab.

Die deutsche Reichsregierung verkündet am 26. September 1923 das Ende des passiven Widerstandes (x243/27): >>Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrückungen zu erleiden. ...

Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. ...

Die einstige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebiets hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist zerrüttet. ...

Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß ... die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird. ...<<

Als der neue deutsche Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann (1878-1929, von August bis November 1923 Reichskanzler, von 1923-29 Außenminister) den Widerstand abbrechen läßt, protestiert die bayerische Regierung gegen den Abbruch des passiven Widerstandes. Gustav Ritter von Kahr (1862-1934, bayerischer Ministerpräsident) fordert, den Versailler Vertrag sofort zu kündigen.

### **September 1923**

**Deutsches Reich:** Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursacht, bricht im September/Oktober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkt die dramatische Inflation. Die Druckereien und Papierfabriken stellen pausenlos neue Banknoten her und die Preise klettern auf astronomische Höhen. Die Inflation führt schließlich zu einer völligen Entwertung der

deutschen Währung. Im September 1923 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100,0 % (x149/42).

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Besetzung des Ruhrgebietes (x063/540-541): >>... Den Vorwand gab ein unbedeutender deutscher Verzug in der Lieferung von Kohle und Telegrafentangen. Dahinter stand die Absicht, die französischen Rheinlandplane, die Amerika 1919 verhindert hatte, wiederaufzunehmen. Die englischen Kronjuristen erklärten Frankreichs Vorgehen sofort als unbegründet und rechtswidrig. ...

Das deutsche Volk antwortete mit dem passiven Widerstand, und die Reichsregierung ordnete die Einstellung aller Reparationslieferungen für Belgien und Frankreich an.

Die Ruhrbesetzung brachte das deutsche Wirtschaftsleben nahezu zum Stillstand. Um die beschaftigungslosen Massen am Leben zu erhalten, mußten schließlich 30 Druckereien Tag und Nacht Noten drucken. 1923 stieg der amerikanische Dollar auf 4,2 Billionen Mark.

Da ... die deutschen Gerichte bis gegen Ende der Inflation den Grundsatz "Mark ist Mark" aufrechterhielten, konnten ungeheure Vermögen neu erworben werden, während die Ersparnisse vieler Generationen hinwegschmolzen. Mit wenig ausländischem Gelde konnte man Fabriken, Aktien, Schmuck oder ganze Häuserblocks kaufen. Fremdenhaß und Antisemitismus breiteten sich bei den verarmten Mittelschichten aus und der Rechtsradikalismus kam immer mehr auf seine Rechnung.

Die Völkerversöhnung hatte offensichtlich Schiffbruch erlitten. Deutschland sah sich der Willkür von Feinden preisgegeben, für die der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln war. Am verhängnisvollsten sollte sich die Proletarisierung der Mittelklasse auswirken. Ihr sozialer Absturz verband sich mit dem verletzten Nationalgefühl zugunsten aller antidemokratischen Kräfte.

Die Ruhrbesetzung ... war als Triumph der rohen Gewalt ein Unglück für ganz Europa. Ein Sieg des passiven Widerstandes dagegen hätte der Gewalt als Mittel der Politik im Bewußtsein der Völker eine entscheidende Niederlage beibringen können.<<

### **Oktober 1923**

**Deutsches Reich:** Da das Geld buchstäblich über Nacht seinen Wert verliert, zahlt man ab Oktober 1923 den Lohn nur noch täglich aus.

**USA:** Oswald G. Villard schreibt im Oktober 1923 über die Ruhrgebietsbesetzung (x063/-541): >>... daß der passive Widerstand zusammenbrach, war ein Unglück für die ganze Welt, denn nichts ist heute nötiger als der Beweis, daß es noch einen anderen Weg gibt als den Weg der Gewalt, um Despoten und Tyrannen in die Knie zu zwingen.<<

### **09.11.1923**

**Deutsches Reich:** Hitler, General Ludendorff und rund 3.000 Anhänger marschieren am 9. November 1923 zur Münchener Feldherrnhalle.

Die bayerische Polizei beendet den "Hitler-Putsch" gewaltsam. Bei den kurzen, heftigen Feuergefechten sterben 16 Putschisten und 3 Polizisten. Hitler flüchtet und wird erst 2 Tage später im Kleiderschrank eines Freundes (Ernst Hanfstaengl) verhaftet.

Die NSDAP (57.000 Mitglieder) wird danach auch in Bayern verboten.

**Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Hitler-Putsch" (x051/266):** >>Hitler-Putsch, am 8./9.11.23 von Hitler und Ludendorff angegefuhrter Umsturzversuch in München gegen die bayerische Landesregierung und die deutsche Reichsregierung.

Träger des Hitlerputsches war der Deutsche Kampfbund, sein Ziel die Errichtung einer "nationalen" Rechtsdiktatur in Deutschland.

Verlauf: Am Abend des 8.11. rief Hitler auf einer Versammlung der "nationalen" Verbände im Münchener Burgerbraukeller die "Nationale Revolution" aus, erklärte die bayerische Regierung, die Reichsregierung und Reichspräsident Ebert für abgesetzt und sich selber zum

"Leiter" der deutschen Politik, rief zum Marsch nach Berlin auf und ließ den bayerischen Ministerpräsidenten E. von Knilling, die bei der Versammlung anwesenden bayerischen Minister und den Münchener Polizeipräsidenten festnehmen. Die ebenfalls anwesenden von Kahr (seit 26.9. als Generalstaatskommissar Leiter der vollziehenden Gewalt in Bayern), General O. von Lossow (Wehrkriegskommissar der Reichswehr in Bayern) und Oberst H. von Seisser (Chef der bayerischen Landespolizei) sagten unter dem Druck Ludendorffs und Hitlers zu, den Putsch zu unterstützen.

Doch widerriefen Kahr und Lossow, nachdem sie die Versammlung verlassen hatten, ihre Zusagen; Kahr verbot die NSDAP und den Deutschen Kampfbund und verlegte die bayerische Regierung nach Regensburg. Die bayerische Polizei und die Reichswehr schlugen den Hitlerputsch daraufhin nieder; die Reichsregierung unter Stresemann, die den Putsch für Hoch- und Landesverrat erklärte und General von Seeckt die vollziehende Gewalt im Reich übertrug, brauchte nicht einzugreifen.

Ein von Ludendorff angeregter Zug der Putschisten durch die Münchener Innenstadt zur Feldherrnhalle am 9.11. wurde von der bayerischen Polizei mit Waffengewalt aufgelöst; drei Polizisten und 16 Putschisten kamen dabei ums Leben, viele (darunter Göring) wurden schwer verletzt.

Ein Teil der Führer des Hitlerputsches (darunter Ludendorff) ließen sich verhaften, ein anderer Teil ergriff die Flucht, so auch der leicht verletzte Hitler; im Landhaus von E. Hanfstaengl in Uffing am Staffelsee wurde er am 11.11. verhaftet. Die Führer des Hitlerputsches wurden des Hochverrats angeklagt und verurteilt (Hitler-Prozeß). Die nationalsozialistischen Opfer des Hitlerputsches stilisierte die Propaganda später zu "Blutzeugen der Bewegung", der Jahrestag wurde im Dritten Reich feierlich begangen.<<

### **November 1923**

**Deutsches Reich:** Die Preise erreichen im November 1923 unfaßbare Summen und steigen immer rasanter (1 Brot kostet z.B. 1917 = 50 Pfennig, 1921 = 5 Mark und im November 1923 = 500 Milliarden Mark).

Im November 1923 kostet 1 US-Dollar = 4,2 Billionen Mark (1919 = 8,57 Mark).

### **Die Folgen der Inflation nach dem Ersten Weltkrieg**

Die Einführung der Rentenmark (November 1923) machte der Inflation zwar ein Ende, beendete aber nicht die Armut. Während der Inflation wurde das gesamte deutsche Geldvermögen wertlos, denn im November 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 immer noch 100 % (x149/42).

Die Eigentümer von Sachwerten wurden damals entschuldet, während die Eigentümer von Sparguthaben ihre gesamten Ersparnisse verloren. Der wirtschaftliche und soziale Abstieg erfaßte große Bevölkerungsschichten. Die deutsche Regierung entließ damals auch über 372.000 ihrer rund 1,59 Millionen Beamten und Angestellten (x090/264).

Die Inflation zertrümmerte innerhalb von einigen Monaten das gesamte Sozialgefüge des Deutschen Reiches, so daß sich überall Feindschaft und Mißtrauen gegenüber dem Staat ausbreiteten. Im Deutschen Reich gab es schon bald über 2,0 Millionen Arbeitslose. Millionen von Deutschen verloren bei dieser Währungskatastrophe ihr mühsam erspartes Geld und wurden mit einem Schlag bettelarm. Gleichzeitig erwarben viele ausländische Investoren, deutsche Spekulanten (darunter waren auch zahlreiche Juden) und gewissenlose Geschäftemacher äußerst günstig riesige Vermögenswerte (Fabrikanlagen, Wohnblocks, Grundstücke usw.), so daß sich im Deutschen Reich vor allem bei den Arbeitslosen und der verarmten Mittelschicht eine gefährliche Radikalisierung, Antisemitismus und Fremdenhaß ausbreiteten.

Die Massenverelendung förderte naturgemäß auch den Einfluß der linksradikalen Kommunisten und rechtsradikalen Nationalsozialisten. Infolge der Inflation und der Massenarbeitslosigkeit herrschten überall Aufruhr und Chaos. In Sachsen und Thüringen stellten sogenannte

"sozialdemokratisch-kommunistische Regierungen" proletarische Kampfverbände auf. In Hamburg und in Küstrin mußten bewaffnete Aufstände der linksradikalen Kommunisten und der rechtsradikalen "Schwarzen Reichswehr" niedergeschlagen werden.

Gustav Stresemann berichtet später über die Auswirkungen der Inflation von 1923 (x067/91):

>>Der Geschichtsforscher sieht heute noch den Ausgang des Krieges für Deutschland vielfach nur in verlorenen Gebietsteilen, verlorener praktischer Kolonialbetätigung, verlorenem Staats- und Volksvermögen.

Er übersieht vielfach den schwersten Verlust, den Deutschland miterlitten hat. Dieser schwerste Verlust bestand meiner Auffassung darin, daß die geistige und gewerbliche Mittelschicht, die traditionsgemäß Trägerin des Staatsgedankens war, ihre völlige Hingabe an den Staat im Kriege mit der völligen Aufgabe ihres Vermögens bezahlte und proletarisiert wurde.

Wie weit die Staatsräson dazu befugt war, dieses Opfer von einer ganzen Generation zu fordern, dieses Opfer, das darin bestand, daß das vom Staat ausgegebene Geld wertlos und nicht wieder ersetzt wurde, darüber ist der Streit der Geister und vielleicht auch die Praxis der Gesetzgebung bis heute nicht zum Abschluß gekommen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Inflation" (x051/276-277):

>>Inflation, allgemeine Bezeichnung für anhaltende Zunahme des Preisniveaus in einer Volkswirtschaft, insbesondere die durch Kreditfinanzierung des Krieges, Reparationen, Kriegsfolgelasten, Geldschöpfung (und damit Nachfrageüberhang), Devisenspekulationen, Kapitalflucht u.a. ausgelöste Entwertung der Reichsmark in den ersten Jahren der Weimarer Republik.

Aus schleichender Inflation 1918-21 wurde 1922 trabende und 1923 galoppierende, weil die Belastung des Ruhrkampfes die Wirkung der auslösenden Faktoren potenzierte und Regierung wie Reichsbank den Entschuldungseffekt der Inflation begrüßten.

Der Dollar, der 1914 mit 4,20 RM bewertet wurde, kostete im Juli 19 schon 14,0 RM, im Juli 21 76,7 RM, im Juli 22 fast 500 RM, ein Jahr später 353.412 RM und erreichte mit 4,2 Billionen RM am 15.11.23 den Gipfel.

Diese Inflation vernichtete sämtliche Sparguthaben und große Teile der Betriebskapitalien, begünstigte Verschuldung und Sachwertbesitz und führte zu einer tiefgreifenden Umverteilung der Vermögen und zur Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der deutschen Wirtschaft. Für weite Kreise, insbesondere des Mittelstands, bedeutete die Inflation Deklassierung, ja Proletarisierung, und wurde zum traumatischen Erlebnis, das später in der Weltwirtschaftskrise die politische Radikalisierung förderte und den Boden für die Agitation des Nationalsozialismus bereitete.

Diese verzögerte Auswirkung kam durch die Überwindung der Inflation mit Rentenmark, Umverteilung der Reparationen im Dawesplan und Auslandskredite zustande, denen eine kurze Periode (bis 1929) schmaler Prosperität folgte. Eine neue, allerdings zurückgestaute Inflation löste die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung durch deficit spending und v.a. die Finanzierung der Aufrüstung zum Teil durch Geldschöpfung insbesondere im Zweiten Weltkrieg aus.<<

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg berichtet später über die Auswirkungen der Inflation (x243/26):

>>Die Nutznießer der Inflation, die Finanzspekulanten, Großindustriellen und Großgrundbesitzer, hatten goldene Zeiten. Da die deutschen Unternehmen mit ... geringen Unkosten produzieren konnten, waren auf dem Weltmarkt die deutschen Preise niedriger als die Angebote jeder Konkurrenz. Darum wurde in Deutschland im Jahre 1923 ziemlich viel produziert. ...

Die Opfer der Inflation waren die deutschen Mittelschichten, die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die deutschen Sparer verloren nun das Letzte. ...<<

Der deutsche Historiker Eberhard Kolb schreibt im Jahre 1984 über die Auswirkungen der

Inflation von 1923 (x067/91): >>Die weitverbreitete Vorstellung von der "Vernichtung des Mittelstandes" durch die Inflation ist nach einhelliger Auffassung der Wirtschafts- und Sozialhistoriker falsch.

Der "Mittelstand" bestand aus sehr verschiedenen Gruppen, die in sehr unterschiedlicher Weise die Auswirkungen der Inflation – die nahezu totale Entwertung aller Geldvermögen und die damit einhergehende totale Entschuldung aller Schuldner (einschließlich der öffentlichen Hände) – zu spüren bekamen.

Während Sparer, Hypothekengläubiger und Inhaber öffentlicher Anleihen ihr Vermögen verloren und die Schicht der Kapitalrentner (Menschen, die von den Zinsen ihres Geldvermögens lebten) ganz verschwand, litten Kleingewerbetreibende, Kleinhändler und Handwerker unter der Inflation kaum in nennenswertem Maße und machten gute Geschäfte, auch die Landwirtschaft wahrte insgesamt ihren sozialen Besitzstand.

Allerdings läßt sich nicht bestreiten, daß der Umverteilungsprozeß innerhalb der deutschen Mittelschicht die Auflösung des deutschen "Bürgertums" als eines sozialen und politischen Machtfaktors beschleunigte, die Interessengegensätze innerhalb der bürgerlichen Parteien erheblich verstärkte und nachhaltig auf die Konfiguration (Gestaltung) des deutschen Parteiensystems zurückwirkte. ...<<

### **15.12.1923**

**Deutsches Reich:** Die Arbeitslosigkeit erreicht einen neuen Höchststand. Am 15. Dezember 1923 werden 3,5 Millionen Arbeitslose und 2,3 Millionen Kurzarbeiter gemeldet (x034/213).

### **31.12.1923**

**Deutsches Reich:** Der britische Botschafter in Berlin, Lord Edgar d'Abernon, berichtet am 31. Dezember 1923 (x256/82): >>Nun geht das Krisenjahr zu Ende. Die inneren und äußeren Gefahren waren so groß, daß sie Deutschlands ganze Zukunft bedrohten. Eine bloße Aufzählung der Prüfungen, die das Land zu bestehen hatte, wird einen Begriff davon geben, wie schwer die Gefahr, wie ernst der Sturm war. ...

In zwölf Monaten, von Januar bis heute, hat Deutschland die folgenden Gefahren überstanden: die Ruhrinvasion,

den kommunistischen Aufstand in Sachsen und Thüringen,

den Hitlerputsch in Bayern,

eine Wirtschaftskrise ohnegleichen,

die separatistische Bewegung im Rheinland.

Jeder einzelne dieser Faktoren, falls er sich ausgewirkt hätte, würde eine grundlegende Veränderung entweder in der inneren Struktur des Landes oder in seinen Beziehungen nach außen herbeigeführt haben. Jeder dieser Gefahrenmomente, falls er nicht abgewendet worden wäre, hätte jede Hoffnung auf eine allgemeine Befriedung vernichtet.

Politische Führer in Deutschland sind nicht gewohnt, daß ihnen die Öffentlichkeit Lorbeeren spendet, und doch haben diejenigen, die das Land durch diese Gefahren hindurchgesteuert haben, mehr Anerkennung verdient, als ihnen zuteil werden wird. ...<<

### **1923**

**Deutsches Reich:** Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" schreibt im Jahre 1923 über die "Krankheiten Europas" (x269/223-224): >>... Die ganze Familie ist krank, einer immer vom anderen angesteckt. Die robusten unter ihnen, die Neutralen, siechen an Geld- und Goldverstopfung, an völliger Geschäftsstille, an Konkurrenzunfähigkeit durch zu hohe Löhne und Preise.

Die Balkanländer sind schon wieder in die Intrigen der ewigen Balkankonflikte verstrickt, dazu finanziell sehr schlecht stabilisiert, Griechenland ist in einem übermütigen Krieg gegen die Türken ganz zusammengebrochen und in die Krallen einer Militärrevolution geraten, während die Türken, nahezu ausgeblutet durch 14jährige Kriege, sich in den hysterischen Krämpf-

fen politischer und religiöser Umwälzungen winden.

Die Ostlandstaaten wissen noch nicht recht, ob ihre neue Selbständigkeit nicht viel eher eine wirtschaftliche Amputation war, und sehen in eine noch durchaus dunkle, weil vom Schicksal Rußlands abhängige politische Zukunft. Von diesem Rußland weiß man nicht, liegt es nur in der ... Ohnmacht einer riesenhaften Konstitution oder ist es nur noch eine durch theoretischen Starrsinn galvanisierte Leiche.

Die Krankheiten der Tschechoslowakei, Industriekrise und bitterster Nationalitätenhader, zeigen sich zehnfach verschärft in Polen, wo der Haß eben auch in politischen Mord ausgeartet ist. Dafür, für seine völlig sinnlose, Nachbarhaß erregende Zusammensetzung kann es sich bei Frankreich bedanken, dessen aussterbendes Volk seinen imperialistischen Ehrgeiz durch fremde und miserabel bezahlte Söldner befriedigen lassen will.

In der Mitte dieser Epidemien aber liegt der Krankheitsherd Deutschland (von Österreich ganz zu schweigen).

Dem Lebenszentrum Europas hat man den Pestbazillus des Versailler Vertrages eingepflegt, weigert sich jedoch, das Serum der Revision zu verabreichen, und wundert sich dann, daß noch immer durch ganz Europa ein Todesröcheln zu hören ist.<<

**Polen:** Stanislaw Grabski (1871-1949, ein führender nationaldemokratischer Politiker) erklärt im Jahre 1923 in seiner Schrift "Bemerkungen über den gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt in der Entwicklung Polens" (x309/206-210): >>... Vor allem besteht für die Machtpolitik Polens noch immer dasselbe grundlegende Dilemma, das auf unserer ganzen bisherigen Geschichte lastete, nämlich die Frage:

Welche Richtung soll die Expansion des polnischen Volkes einschlagen? Die nördliche nach der Ostsee oder die südöstliche nach der Ukraine und dem Schwarzen Meere? ...

Die Entscheidung der ostpreußischen Frage, die der Versailler Vertrag getroffen hat, ist zu sehr gekünstelt, als daß sie sich auf Dauer aufrechterhalten ließe. ...

Und darum eins von beiden:

Entweder wir lenken die polnische Machtausdehnung ostwärts gegen Rußland, indem wir uns die Perioden seiner Ohnmacht zunutze machen, die ihm das nächste halbe Jahrhundert bringen wird und legen damit zugleich die Entscheidung der nur provisorisch geregelten ostpreußischen Frage in die Hand Deutschlands, oder aber wir setzen unsere ganze uns zur Verfügung stehende Kraft dafür ein, daß die ostpreußische Frage durch Polen im Sinne Polens entschieden werde. Steht es aber so, so ist jegliches Schwanken von Übel.

Ohne den Zugang zum Dnjepr kann Polen bestehen, aber ohne beständigen Zugang zum Meere kann es nicht bestehen. Dies ist der entscheidende Gesichtspunkt. ...

Wegen der Ostseeküste aber wird früher oder später Polen mit Deutschland zusammenstoßen. Denn selbst wenn wir unsererseits unsere Pflicht gegenüber Ermland und Preußisch-Masuren vergessen würden – die Deutschen werden niemals ihre Ansprüche auf Pommerellen vergessen, denn sie werden ihre Pflichten gegenüber Königsberg nicht vergessen, zu dem der Weg durch unseren Pommerellen Korridor führt.

Bei diesem Zusammenstoß aber wird Polen nur dann den Sieg davontragen, wenn es dafür nicht nur durch die nötige Organisation und die nötige Ausrüstung seiner Armee technisch vorbereitet ist, sondern auch politisch durch die Weckung eines polnischen Nationalbewußtseins innerhalb der polnischen Bevölkerung Ostpreußens. ...

Von der Energie, die wir in dieser Richtung entwickeln, hängt nicht nur die Größe und die Macht Polens ab, sondern nahezu seine Existenz. Denn in der Tat, der Bestand der Republik Polen wird erst dann dauernd gesichert sein, wenn wir in dem mit Deutschland unabwendbaren Kriege siegen, in den sich Deutschland stürzen wird, sobald es sich von der im Weltkrieg davongetragenen Niederlage erholt hat.<<

1924

Die Lasten des Krieges sind nicht so groß wie die der Knechtschaft.  
*Luc de Clapier Vauvenargues (1715-1747, französischer Philosoph und Dichter)*

**09.01.1924**

**Deutsches Reich:** Heinz Orbis (1884-1924, eigentlich Franz-Josef Heinz), ein Führer der von Frankreich unterstützten "Pfälzischen Republik", wird am 9. Januar 1924 mit seinen engsten Kampfgefährten als "Volksverräter" in Speyer erschossen (x063/547).

Als England die Anerkennung der deutsch-französischen "Rheinischen Republik" ablehnt, stellt Frankreich Anfang 1924 allmählich die Unterstützung der deutschen Überläufer ein (x063/548).

**21.01.1924**

**UdSSR:** Lenin stirbt am 21. Januar 1924 an den Folgen eines schweren Schlaganfalls.

Stalin kann sich nach Lenins Tod erfolgreich behaupten und übernimmt völlig überraschend die Führung der KPdSU. In den folgenden erbarmungslosen Machtkämpfen beseitigt der verschlagene Georgier allmählich sämtliche Gegner.

**Josef Stalin**

Josef Stalin (eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili) wurde 1879 in Gori (Georgien) geboren. Stalin stammte aus ärmlichen Verhältnissen, sein Vater war Schuhmacher.

Von 1894-98 besuchte Stalin das orthodoxe Priesterseminar in Tiflis. Stalin, der als bolschewistischer Revolutionär den Decknamen "Koba" führte, war seit 1898 Mitglied der bolschewistischen Arbeiterpartei und wurde deshalb aus dem Priesterseminar verwiesen. Im Jahre 1902 verhaftete man den ehemaligen Priesterschüler in Batum während eines Aufstandes und verbannte ihn 1903 nach Sibirien. Stalin konnte 1904 aus der Verbannung fliehen und schloß sich im Kaukasus den Bolschewiken an.

Die eigentliche Parteikarriere des Georgiers begann 1912, als er als Mitbegründer der Parteizeitung "Prawda" in Erscheinung trat. 1913 wurde Stalin in Wien verhaftet und erneut nach Sibirien verbannt (1914-16).

Stalin war ein listiger, unbarmherziger Machtpolitiker, der wie Hitler, als Außen- und Innenpolitiker oftmals unerhörtes Glück hatte. Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, der seit 1912 den Deck- bzw. Künstlernamen "Stalin" ("der Stählerne") führte, war relativ klein. "Der Stählerne" litt unter seiner geringen Körpergröße, denn er war nur etwa 1,65 m groß (x080/31). Stalin war außerdem körperbehindert (verkrüppelter bzw. verkürzter und steifer linker Arm, wurde als Kind von einer Kutsche angefahren - x080/31).

Entscheidend für Stalins spätere Machtübernahme wurde sein Amt als Generalsekretär des ZK der KPdSU, das er 1922 übernahm. Lenin schätzte Stalin zwar als guten Organisator, aber er lehnte den zwielichtigen Generalsekretär und schwachen Partei-Ideologen wegen seiner Skrupellosigkeit und zahlreichen Intrigen als Führungspersönlichkeit entschieden ab.

Lenin schreibt in seinem Testament vom 25. Dezember 1922 über Stalin und Trotzki (x073/55): >>... Nachdem Genosse Stalin Generalsekretär wurde, vereinigte er eine enorme Macht in seinen Händen, und ich bin nicht sicher, daß er es immer versteht, diese Macht mit der notwendigen Vorsicht zu gebrauchen.

Andererseits zeichnet sich Genosse Trotzki nicht nur durch seine außergewöhnlichen Fähigkeiten aus, wie er in seinem Kampf mit dem Zentralkomitee in der Frage des Volkskommissariats für Straßen und Verkehr bewiesen hat, sondern er ist auch sicherlich der fähigste Mann im augenblicklichen Zentralkomitee. Aber er neigt auch dazu, durch sein zu weit gehendes Selbstvertrauen sich zu sehr für die rein administrative Seite der Dinge zu interessieren.<<

Lenin spricht sich in einem Nachtrag des Testaments vom 4. Januar 1923 eindeutig gegen Stalin aus (x073/55): >>... Stalin ist zu grob, und dieser Fehler, der unter uns Kommunisten

durchaus erträglich ist, wird vollkommen untragbar in dem Büro des Generalsekretärs. Ich schlage daher den Genossen vor, ein Mittel zu finden, um Stalin aus dieser Stellung zu entfernen und einen anderen zu ernennen, der sich von Stalin in jeder Weise nur durch Überlegenheit unterscheidet – nämlich geduldiger, loyaler, höflicher, aufmerksamer gegen die Genossen und weniger launisch ist und so weiter.

4. Januar 1923. Lenin.<<

Leo Trotzki (ein herausragender Ideologe und Redner der Kommunistischen Partei), der bereits 1927 durch Stalin ausgeschaltet wird, schreibt damals über den schwachen Parteiideologen Stalin (x073/57): >>... Er besitzt praktischen Sinn, Ausdauer und Beharrlichkeit in der Verfolgung seiner Ziele. Sein politischer Horizont ist äußerst beschränkt, sein theoretisches Niveau vollkommen primitiv. Sein zusammengestoppeltes Buch "Die Grundlagen des Lenismus", in dem er versucht, den theoretischen Traditionen der Partei einen Tribut zu zollen, wimmelt von schülerhaften Fehlern. ... Nach der Art seines Verstandes ist er ein hartnäckiger Empiriker (Erfahrungsmensch), dem jede schöpferische Einbildungskraft fehlt. ...<<

Obwohl Lenin in seinem Testament vom 4. Januar 1923 ausdrücklich empfahl, Stalin abzulösen und zu entmachten, konnte sich der verschlagene Georgier erfolgreich behaupten (x128/42). Stalin gelang es, die Veröffentlichung des Testaments zu verhindern. Er blieb nach Lenins Tod im Amt und übernahm sogar die Führung der KPdSU.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Josef Stalin in den Jahren 1879-1933 (x051/558): >>Stalin, Josef, ursprünglich J. Dschugaschwili, geboren in Gori (Georgien) 21.12.1879, gestorben in Kunzewo (heute Moskau) 5. März 1953, sowjetischer Politiker; Sohn eines Schuhmachers, Ausbildung im Priesterseminar in Tiflis (1894-98) und Entlassung wegen marxistischer Agitation, 1898 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (ab 1904 der Mehrheitsfraktion der Bolschewiki), mehrfach verhaftet und nach Sibirien verbannt, 1912 Mitglied des Zentralkomitees, Annahme des Beinamens Stalin (= der Stählerne) und Mitbegründer der Parteizeitung "Prawda", 1913-17 erneut Verbannung.

Stalin kehrte erst nach der Februarrevolution im März 17 nach Petrograd zurück, setzte sich zunächst für einen gemäßigten Kurs ein, übernahm dann aber Lenins Forderung nach gewaltsamer Machteroberung, wie sie in der Oktoberrevolution 1917 gelang. Stalin stieg 1922 vom Volkskommissar für Nationalitätenfragen (1917-23) zum Generalsekretär des Zentralkomitees auf und hielt diese Machtposition trotz der Warnungen des sterbenden Lenin. Bis 1929 hatte Stalin alle Rivalen, insbesondere Trotzki überspielt und errichtete in den 30er Jahren eine persönliche Diktatur auf der Basis polizeistaatlichen Terrors.

Mit Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und einem aufwendigen Industrialisierungsprogramm versuchte er zugleich, die außenpolitische Unabhängigkeit durch wirtschaftliche Gesundung und Aufrüstung zu sichern. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über Stalin (x068/244): >>Nach Lenins Tod 1924 sichert sich Jossif Wissarionowitsch Stalin die unumschränkte Autorität. Der Nachkomme leibeigener Kleinbauern, der Sohn des georgischen Schumachers und Fabrikarbeiters Dschugaschwili, befehligt nun das größte Machtpotential der Diktatoren aller Zeiten.

Nur selten wird erwähnt oder gar hervorgehoben, daß Stalins infernalischer Haß, seine Tücke, Rachsucht, die fürchterliche Frucht einer negativen Vaterbeziehung, bei seiner Ausbildung zum Priester noch gefördert worden sind, daß er schließlich anstelle des einen Dogmatismus nur den anderen setzte.

Im Priesterseminar von Tiflis, wo Mönche und Inspektoren die Seminaristen argwöhnisch, ja, feindselig bewachten, beobachteten, ihre Zimmer und sie selbst untersuchten, schon die geringsten "Verbrechen", wie Lesen eines unerwünschten Buches, bestrafen, wurde Stalins Haß auf Obrigkeiten, sein künftiger Terror, wurden seine Racheträume in den Jahren von 1894 bis

1899 regelrecht herangezüchtet.

"Hier", schreibt Gustav Bychowski, einst Ordinarius für Psychiatrie in Warschau, in seinen psychoanalytischen Persönlichkeits- und Geschichtsdeutungen diverser "Diktatoren", "hier absolvierte der spätere Revolutionär eine Lehre in der Ausübung von Kälte, Grausamkeit und Arglist. ... Als Josef Stalin mit der revolutionären Bewegung in Berührung kam, brach er mit der Theologie und setzte den Marxismus an die Stelle der griechischen Orthodoxie. Für ihn war es nur natürlich, daß er ihm mit dem dogmatischen Fanatismus anhing, den er bei seinen theologischen Studien entwickelt hatte." ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest berichtet später über Stalins Persönlichkeit (x080/-397): >>Stalin war ein Außenseiter. Er hatte keine natürliche Bindung an seine Familie, seine Heimat, seine Nation, seine Schulkameraden. Er war weder Georgier noch Russe, weder Arbeiter noch Intellektueller. ...

Sein Eheleben war reine Fassade. Dasselbe gilt für sein geselliges Leben ... Wie so häufig bei Stalin stellen wir fest, daß normale menschliche Eigenschaften bei ihm entweder ganz gefehlt oder nur in Rudimenten existiert haben müssen.

Eines seiner hervorstechendsten Merkmale war eine ausgeprägte Mittelmäßigkeit im Verein mit einer ausgeprägten Willenskraft.

Stalins Persönlichkeit war von einem tiefen Gefühl der Unsicherheit durchzogen, das ihn veranlaßte, seine eigene Rolle bei zahlreichen Ereignissen in verfälschter Weise darzustellen. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Stalin (x192/-435): >>Die Mythen, denen sich die Propaganda für Josef Stalin (1879-1953) in Rußland bediente, waren den faschistischen nicht unähnlich.

Stalin trat in vielen verschiedenen Rollen auf, seine Selbstdarstellung stützte sich aber vor allem auf seine "bäuerliche" Herkunft als Sohn eines georgischen Schusters, um das Image eines erdverbundenen Patriarchen und gütigen Landesvaters aufzubauen.

In Wahrheit brachte Stalin mit seiner in brutaler Weise durchgeführten Kollektivierung der Landwirtschaft, die Millionen Todesopfer forderte, mit den Massensäuberungen und dem Aufbau eines lückenlosen Polizeistaates unendlich viel Leid über seine Landsleute.<<

### **Stalins Gewaltherrschaft in der Sowjetunion**

Nach der Machtübernahme zertrümmerte Stalin systematisch die jahrhundertealte russische Gesellschaftsordnung und entfesselte einen Terror, wie ihn Rußland bis dahin noch nicht erlebt hatte. Der Stalinismus verteilte die Kapitalisten, sprach die kommunistische Partei selig und setzte den sogenannten "Klassenkampf der Proletarier" mit brutaler Gewalt durch.

Stalins Kommunismus bzw. totalitäre Alleinherrschaft brachte in den folgenden Jahrzehnten grenzenloses Elend und beispiellose Not über die Völker der Sowjetunion. Massenverschleppungen und geheime Hinrichtungen von politischen Gegnern gehörten damals zur Tagesordnung.

Das russische Volk war in der Zarenzeit bereits beispiellos verelendet, aber während der Stalin-Diktatur von 1924 bis 1953 wurden die Lebensverhältnisse der sowjetischen Völker noch wesentlich schlechter.

Stalin war zwar kein herausragender Theoretiker, aber er war ein eiskalter Taktiker und ein nervenstarker, rücksichtsloser Machtpolitiker. Er pflegte seine langfristige Liquidationspolitik, mit einer fast unvorstellbar vorausschauenden Skrupellosigkeit und Zielstrebigkeit zu planen. Der Stalinismus ("persönliche Diktatur") zeichnete sich vor allem durch eine verschlagene Art von Heuchelei, raffinierte Demagogie und die konsequente Ausnutzung von zwangsläufig einsetzenden Kettenreaktionen aus. Die "Diktatur des Proletariats", der "Soziale Kollektivismus" oder die "Soziale Weltrevolution" dienten nur als Tarnung, um Stalins diktatorische Gewaltherrschaft und die Verwirklichung der maßlosen osteuropäischen Expansionsziele ge-

waltsam zu realisieren.

Karl Marx, der Begründer des sogenannten "wissenschaftlichen Sozialismus", warnte bereits im Jahre 1853 vor dem russischen Vormarsch nach Westen (x043/275): >>... Es wird sich herausstellen, daß die natürliche Grenze Rußlands von Danzig oder etwa Stettin bis nach Triest reichen wird.<<

Stalins Staatssicherheitsabteilung besaß eine weitverzweigte, hervorragend organisierte geheime Staatspolizei, die nach der "Oktoberrevolution" unter verschiedenen Namen operierte (Tscheka = 1917-22, GPU = 1922-34, NKWD = 1934-46, MWD = 1946-53 und danach KGB). Diese gnadenlosen Vollstrecker der Stalinisten verfolgten und beseitigten alle vermeintlichen Systemgegner. In den ersten 10 Jahren der Stalin-Diktatur wurden mindestens 8,0 Millionen "Staatsfeinde" in die Straflager Nordrußlands oder nach Sibirien verschleppt (x061/467).

Stalins Terrormethoden wurden später häufig von Hitler nachgeahmt. Das NS-Regime imitierte z.B. "erfolgreich" die sowjetischen Zwangsarbeitslager ("Vernichtung durch Arbeit"), Massenerschießungen, Zwangsumsiedlungen und die Verschleppung von Arbeitskräften. Weitere Nachahmungen der NSDAP waren: Gestapo = NKWD, Hitlerjugend = Stalinschüler bzw. Komsomolzen.

Hitler hielt Stalin später für einen "tollen Kerl" und hatte große Achtung vor dem sowjetischen Diktator. Der Führer bewunderte Stalin, der mit eiserner Faust die riesige Sowjetunion zusammenhielt und für den Menschenleben völlig bedeutungslos waren.

Der deutsche Politologe Eugen Kogon (1903-1987, 1939-45 KZ-Haft in Buchenwald) berichtet später über die Unterschiede zwischen Lenin und Stalin (x245/127): >>... Bleibt die Frage, die oft genug gestellt worden ist: Wäre die Fortentwicklung des Sowjetkommunismus anders verlaufen, wenn Lenin noch Jahre an der Spitze des Sowjetreichs gestanden hätte?

Hätte er wesentlich anders als Stalin gehandelt, dessen Gefährlichkeit er zuletzt selbst einsah? Die Frage wird hier nicht wiederholt, um unnützen Spekulationen nachzuhängen, sondern um die Antwort zum Charakterbild Lenins, soweit möglich, beizutragen.

Der mächtige Mann, ohnmächtig geworden, hat am Ende mit längeren Zeiträumen der politischen Entwicklung in Sowjetrußland gerechnet, und da das Regime endlich Bestand hatte, sollte eine friedlichere Art der Einwirkung auf die Menschen im Sowjetbereich möglich geworden sein.

"Im Kriege handeln wir nach Kriegsbrauch; wir versprechen keinerlei Freiheit und keinerlei Demokratie", sagte er beim Dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale. An anderer Stelle: "Die Freiheiten werden solange nicht gewährt, als wir nicht endgültig gegen die Angriffe der Bourgeoisie gesichert sind".

Im Falle genügender Sicherung und Sicherheit wären "die Freiheiten" also "gewährt" worden. Kann man annehmen, daß dies in den zwanziger und dreißiger Jahren hätte geschehen können? Die internationale Wirklichkeit der beiden Jahrzehnte spricht dagegen.

Es kommt hinzu, daß nicht zu erkennen ist, wie es Lenin hätte gelingen sollen, die zwei objektiven Grunderfordernisse der sowjetischen Entwicklung, wenn die Union im politisch-ökonomischen Wettbewerb der globalen Entwicklung aufholen und bestehen sollte, ohne umfassende Gewaltanwendung zu erfüllen: die rasche und zureichende kollektive Akkumulation des notwendigen Investitionskapitals, die ja nur durch systematischen bewirkten Konsumverzicht zu erreichen war, und die industriewirtschaftliche Arbeitsdisziplinierung der Bauernschaft, die folglich radikal "umerzogen" werden mußte.

Man darf annehmen, daß Lenin die beiden Erfordernisse nicht annähernd so barbarisch realisiert hätte, wie Stalin es getan hat; aber um die Härte, die er für alle "historischen Fälle" gewohnt war, wäre er seinen Prämissen gemäß nicht herumgegangen.

Ganz anders steht es ohne Zweifel mit Lenins Verhältnis zur Partei: niemals, unter keinen

Umständen hätte er auch nur den Versuch unternommen, sie sich total gefügig zu machen, sie sich schrankenlos zu unterwerfen, sie zum mechanisiert-instrumentalisierten Exekutionsapparat zu degradieren.

Kalt, heuchlerische Liquidierung verdienter Bolschewiki nach Schauprozessen mit erfolgterten Selbstbezeichnungen – nein, das wäre Lenin nicht einmal in den Sinn gekommen. Der Personenkult außerdem war ihm verhaßt, wie hätte er ihn erzwingen können. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest berichtet später über Stalins rücksichtslose Machtpolitik in den Jahren 1923 bis 1929 (x080/178,190): >>Heute kennen wir das Ergebnis des politischen Kampfes, der von 1923 bis 1929 anhielt: In diesen 6 Jahren schaltete Stalin eine Reihe von Gegnern aus. Zunächst verbündete er sich mit den übrigen Mitgliedern des Politbüros erfolgreich gegen Trotzki. Sodann versetzte er im Bündnis mit der "Rechten" unter Bucharin und Rykow zunächst dem "Linksblock" unter Kamenew und Sinowjew und danach einer neuen Koalition der Linken mit den Trotzkiisten einen vernichtenden Schlag. Und zum Schluß eliminierte er und seine Anhänger ihre bisherigen Verbündeten, die "Rechten". ...<<

>>... Stalin hatte es tatsächlich verstanden, während der letzten 5 Jahre seine wahren Eigenschaften vor den "Rechten" zu verbergen. Das ist an sich schon eine erstaunliche politische Leistung und ein Symptom für die abgründigen Züge in seiner Persönlichkeit.

Der unglückliche Bucharin war allerdings nur ein weiteres Glied in einer langen Kette angeblich intelligenter Leute, die Stalins wahre Natur erst erkannten, als es zu spät war. Sie reicht von Lenin bis zu Roosevelt ...<<